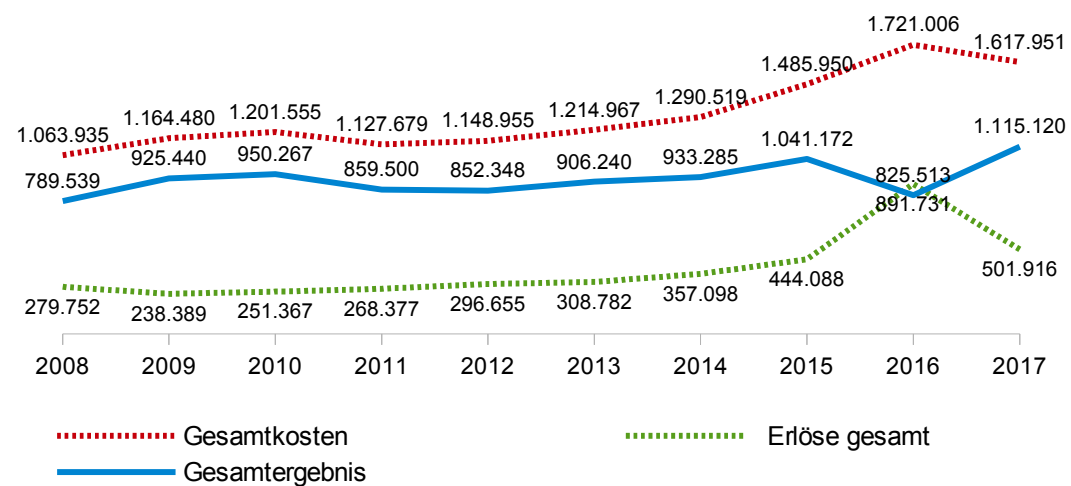




Controllingbericht – Sozialreferat Berichtszeitraum: Januar bis Dezember 2017

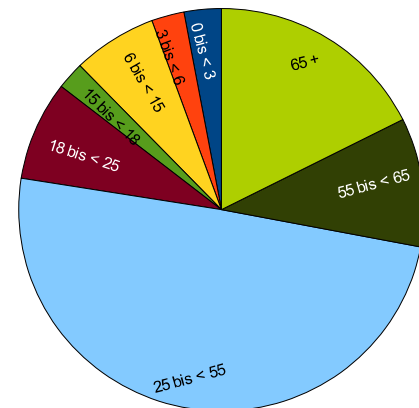
Entwicklung des Haushalts des Sozialreferates (in Tausend €)



Inhalte	Seite
Produktübergreifende Grunddaten und Spitzenkennzahlen	1
Produktcontrolling zu 30 Produkten	9
Glossar / Legende	42

Grunddaten und Spitzenkennzahlen

Demografie	Ist zum 30.12.2016	Ist zum 31.12.2017	Veränderung	Anteil an der Grundgesamtheit
Einwohner/-innen (Hauptwohnsitz)*	1.542.860	1.526.056	-1,1%	100%
> davon 0 bis unter 3-Jährige	47.720	48.175	1,0%	3%
> davon 3 bis unter 6-Jährige	41.073	41.905	2,0%	3%
> davon 6 bis unter 15-Jährige	105.597	107.037	1,4%	7%
> davon 15 bis unter 18-Jährige	33.207	32.901	-0,9%	2%
> davon 18 bis unter 25-Jährige	123.212	121.225	-1,6%	8%
> davon 25 bis unter 55-Jährige	763.568	747.122	-2,2%	49%
> davon 55 bis unter 65-Jährige	161.181	162.558	0,9%	11%
> davon 65-Jährige und ältere	267.302	265.133	-0,8%	17%
Ausländer/-innen*	437.164	423.365	-3,2%	28%
mit Migrationshintergrund	666.452	658.379	-1,2%	43%
Anzahl der Haushalte*	832.810	818.120	-1,8%	100%
> darunter Haushalte mit Kindern	140.968	142.290	0,9%	17%
> darunter Alleinerziehenden-Haushalte	27.400	27.006	-1,4%	3%



* Bereinigung der Bevölkerungsdaten nach der Wahl des Migrationsbeiratswahl, Bundestagswahl und Bürgerentscheid; Abmeldungen von Amts wegen

Arbeitslosigkeit	Ist zum 31.12.2016	Ist zum 31.12.2017	Veränderung	Arbeitslose unter 25 und über 55 Jahre – Entwicklung der letzten Jahre
Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)	4,2%	3,8%	-9,5%	
Arbeitslosenquote der 15-25-Jährige (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)	2,6%	2,2%	-15,4%	
Arbeitslosenquote der 55- bis 64-Jährige (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)	5,9%	5,7%	-3,4%	
Arbeitslose	35.376	32.755	-7,4%	
> davon nach SGB II	20.559	17.296	-15,9%	
> davon nach SGB III	14.817	15.459	4,3%	
> davon unter 25-Jährige	2.041	1.727	-15,4%	
> davon 55-Jährige und ältere	6.587	6.540	-0,7%	

Sozialreferat – Gesamtsicht	Ist zum 31.12.2016	Ist zum 31.12.2017	Veränderung	Erläuterung
Erlöse (Summe aller Produkte)	891.731.413 €	501.916.529 €	-43,7%	2016 hohe periodenfremde Erlöse (für Kosten aus 2013-2015)
Kosten (Summe aller Produkte)	1.721.006.191 €	1.617.951.013 €	-6,0%	Rückläufige Flüchtlingszahlen
> darunter Personalkosten (lt. POR)	209.947.896 €	229.109.927 €	9,1%	
Personalkostenquote	12,2%	14,2%	16,1%	
Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-829.274.777 €	-1.116.034.484 €	34,6%	
Beschäftigtenzahl in VZÄ (mit Jobcenter)	3.782	3.814	0,8%	

Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)	Ist zum 31.12.2016	Ist zum 31.12.2017	Veränderung	Erläuterung
Leistungsbezieher/-innen	74.955	74.047	-1,2%	
> darunter unter 15-Jährige	21.413	22.160	3,5%	weiterer Anstieg aufgrund Zunahme anerkannter Flüchtlinge
Bedarfsgemeinschaften (Fallzahl)	40.249	40.800	1,4%	
Transferkosten	263.346.117 €	261.098.450 €	-0,9%	
Transfererlöse	85.534.705 €	95.212.343 €	11,3%	Zusätzliche flüchtlingsbedingte Transfererlöse (Leistungen aus dem Bereich des Amtes für Wohnen und Migration)
Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-177.811.412 €	-165.886.107 €	-6,7%	

Sozialhilfe (SGB XII)	Ist zum 31.12.2016	Ist zum 31.12.2017	Veränderung	Erläuterung
Leistungsbezieher/-innen	22.743	23.315	2,5%	
> darunter Grundsicherung im Alter	14.601	15.311	4,9%	steigende Zahl an Leistungsbeziehenden, Entwicklung wird beobachtet
> darunter Hilfe zur Pflege	2.371	2.067	-12,8%	Fallzahlen aufgrund Umstellung Pflegesicherungsgesetz III nur bedingt valide
> darunter Hilfen zur Gesundheit	2.537	2.367	-6,7%	
Transferkosten	256.414.235 €	266.993.438 €	4,1%	
Transfererlöse	145.818.343 €	146.757.887 €	0,6%	
Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-110.595.891 €	-120.235.551 €	8,7%	

Gesetzliche Leistungen der Jugendhilfe (SGB VIII)	Ist zum 31.12.2016	Ist zum 31.12.2017	Veränderung	Erläuterung
Transferkosten	384.701.176 €	318.468.422 €	-17,2%	Rückläufige Fallzahlen und entsprechende Anpassung Kosten und Erstattung UmA (periodenbereinigte Erlöse 2017) , 2016 hohe periodenfremde Erlöse (für Kosten WJH aus den Vorjahren)
Transfererlöse	311.724.845 €	45.908.280 €	-85,3%	
Deckungsquote (Transferbereich)	81,0%	14,4%	-82,2%	
Ergebnis Transfer (Erlöse minus Kosten)	-72.976.331 €	-272.560.142 €	273,5%	

Flüchtlinge	Ist zum 31.12.2016	Ist zum 31.12.2017	Veränderung	LeistungsbezieherInnen nach AsylbLG
LeistungsbezieherInnen insgesamt nach AsylbLG	9.007	5.312	-41,0%	
> davon Asylbewerber	7.926	4.534	-42,8%	
>davon sonstige Leistungsbezieher n. AsylbLG (z.B. Geduldete und vollziehbar zur Ausreise Verpflichtete)	1.081	778	-28,0%	
Kosten wirtschaftliche Hilfen für Flüchtlinge	195.327.017 €	115.216.451 €	-41,0%	
> davon Asylbewerber	231.455.233 €	79.357.259 €	-65,7%	
Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	36.128.216 €	-35.859.192 €	-199,3%	

Untergebrachte Flüchtlinge	8.471	7.631	-9,9%	Rückläufige Flüchtlingszahlen
> davon in den Münchner Erstaufnahmestellen	828	730	-11,8%	
> davon in staatlichen Gemeinschaftsunterkünften	2.793	2.646	-5,3%	
>> darunter Fehlbeleger	531	1.135	113,7%	
> davon in kommunalen Unterkünften	4.850	4.255	-12,3%	
>> darunter Statuswechsler	947	1.696	79,1%	

Wohnen	Ist zum 31.12.2016	Ist zum 31.12.2017	Veränderung	Akut Wohnungslose – Entwicklung der letzten Jahre
akut-Wohnungslose (= Clearinghäuser, Pensionen, Notquartiere, Flexi-Heime, Verbandshäuser)	5.241	5.618	7,2%	
Transferkosten für vorübergehende Unterbringung und ambulante Hilfen für akut Wohnungslose	26.925.696 €	28.830.919 €	7,1%	
Transfererlöse für vorübergehende Unterbringung und ambulante Hilfen für akut Wohnungslose	20.608.807 €	23.217.637 €	12,7%	
Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-6.316.889 €	-5.613.283 €	-11,1%	
Mietpreisentwicklung (Wiedervermietungsmieten netto kalt Durchschnitt): €/qm	14,70 €	14,70 €	0,0%	
Bestand an Sozial- und Belegreichtwohnungen	ca. 74.500			

Bezirkssozialarbeit	Ist zum 31.12.2016	Ist zum 31.12.2017	Veränderung	Hinweise und Erläuterungen zu von der BSA betreuten Haushalte
von der BSA betreute Haushalte gesamt	n.v.	32.527	n.v.	<p>Für 2016 sind aufgrund Umstellung auf neues Fachverfahren keine Daten verfügbar. Die Erfassung der Tätigkeiten der Bezirkssozialarbeit folgt seither einer völlig neuen Programmlogik. Daher weichen die Zahlen von denen der Vorjahre z.T. stark ab und sind nicht direkt vergleichbar.</p>
davon: Haushalte in der Orientierungsberatung *	n.v.	6.272	n.v.	
davon: längerfristig von der BSA betreute Haushalte	n.v.	26.255	n.v.	
> darunter in Haushalten mit Kindern	n.v.	14.094	n.v.	
> darunter Kinderschutzfälle **	n.v.	3.428	n.v.	
> darunter in Haushalten mit Älteren ***	n.v.	3.945	n.v.	
<p>* Haushalte, die in der Orientierungsberatung (OrB) abschließend beraten bzw. an andere Stellen weitervermittelt wurden. Die Zahlen sind aufgrund technischer Schwierigkeiten im Betrieb des neuen Fachverfahrens im Vergleich zu den Vorjahren stark rückläufig.</p> <p>** Zahlen aufgrund neuer Kinderschutzdefinition im Vergleich zu den Vorjahren stark rückläufig.</p> <p>*** Haushalte mit mindestens 1 Pers. >=65 Jahre</p>				

Grunddaten und Spitzenkennzahlen Personal

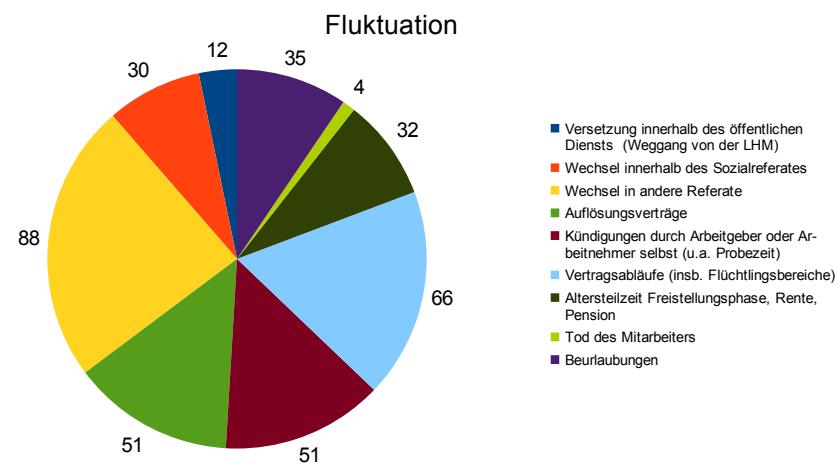
Personal des Sozialreferates in VzÄ	Ist zum 31.12.2016	Ist zum 31.12.2017	Abweichung in %	Veränderung absolut	Erläuterungen
>> Referatsleitung / Geschäftsleitung	177	190	7,3%	13	Basis der Auswertung ist der Stellenplan laut PRISMA. Organisatorische Änderungen werden im Stellenplan zeitverzögert umgesetzt. VzÄ bezeichnet ein Vollzeitäquivalent = eine Rechengröße auf die entsprechende Arbeitszeit: TVöD mit 39 und Beamte mit 40 Wochenstunden
>> Gesellschaftliches Engagement	32	34	5,4%	2	
>> Amt für Soziale Sicherung	221	231	4,5%	10	
>> Stadtjugendamt	1007	974	-3,3%	-33	
>> Amt für Wohnen und Migration	868	912	5,1%	44	
>> Leitung der BSA und SBH Soziales	1112	1112	0,0%	0	
>> Jobcenter München (städtisch)	365	361	-1,1%	-4	
Insgesamt:	3782	3814	0,8%	32	

tatsächlich im Referat beschäftigte Personen	Ist zum 31.12.2016	Ist zum 31.12.2017	Abweichung in %	Veränderung absolut	Erläuterungen
>> Referatsleitung / Geschäftsleitung	198	209	5,6%	11	Anzahl der tatsächlich vorhandenen Mitarbeiter_innen
>> Gesellschaftliches Engagement	50	53	6,0%	3	
>> Amt für Soziale Sicherung	257	269	4,7%	12	
>> Stadtjugendamt	1244	1199	-3,6%	-45	
>> Amt für Wohnen und Migration	1011	1062	5,0%	51	
>> Leitung der BSA und SBH Soziales	1290	1291	0,1%	1	
>> Jobcenter München (städtisch)	403	402	-0,2%	-1	
Insgesamt:	4.453	4.485	0,72%	32	

Stellen in VzÄ	Ist zum 31.12.2016	Ist zum 31.12.2017 Stichtagszahlen	Abweichung absolut	Erläuterungen
>> Referatsleitung / Geschäftsleitung	233,39	242,31	9	Bei der Abweichung handelt es sich um Stellen, die bereits durch Stadtratsbeschluss genehmigt, aber im Stellenplan noch nicht eingerichtet sind.
>> Gesellschaftliches Engagement	42,61	45,61	3	
>> Amt für Soziale Sicherung	245,07	255,7	11	
>> Stadtjugendamt	1190,96	1165,32	-26	
>> Amt für Wohnen und Migration	1125,13	1217,83	93	
>> Leitung der BSA und SBH Soziales	1198,43	1265,32	67	
>> Jobcenter München (städtisch)	479,87	494,96	15	
Zahl der Stellen in VzÄ insgesamt	4.515,46	4.687,05	168,59	

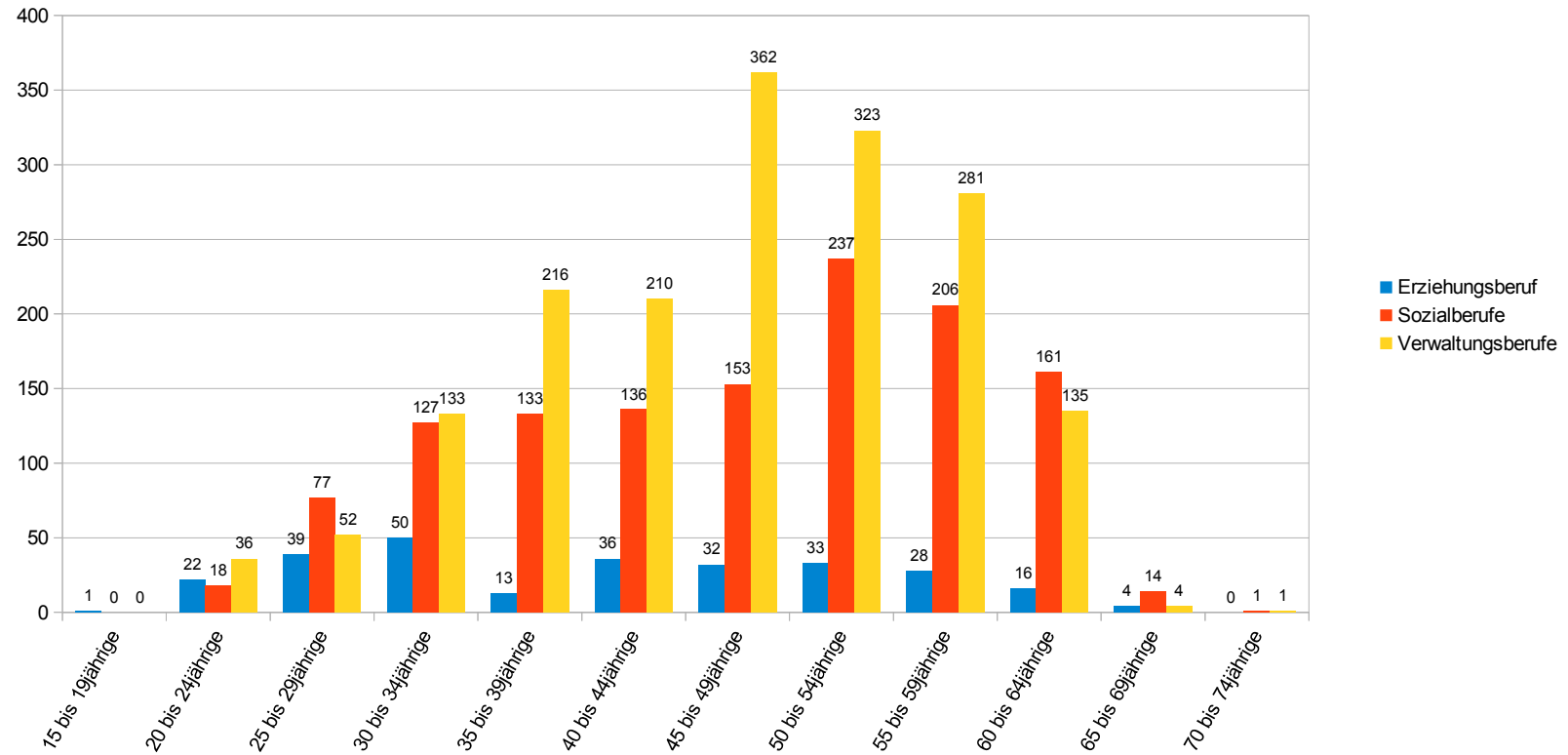
Besetzungsquote zum Stichtag 31.12.2017	PRISMA Datenbank	Erläuterungen
Referatsleitung / Geschäftsleitung	87,93%	Verhältnis der tatsächlich besetzten Stellen in VZÄ zu den in PRISMA ausgewiesenen Stellen im Stellenplan.
Gesellschaftliches Engagement	85,16%	
Amt für Soziale Sicherung	91,18%	
Stadtyugendamt	78,32%	
Amt für Wohnen und Migration	85,09%	
Leitung der BSA und SBH Soziales	90,15%	
Jobcenter München (städtisch)	76,53%	
Gesamt	84,91%	

Fluktuation bis 31.12.2017 Personal nach Personen	
Versetzung innerhalb des öffentlichen Diensts (Weggang von der LHM)	12
Wechsel innerhalb des Sozialreferates	30
Wechsel in andere Referate	88
Auflösungsverträge	51
Kündigungen durch Arbeitgeber oder Arbeitnehmer selbst (u.a. Probezeit)	51
Vertragsabläufe (insb. Flüchtlingsbereiche)	66
Altersteilzeit Freistellungsphase, Rente, Pension	32
Tod des Mitarbeiters	4
Beurlaubungen	35
Gesamt	369

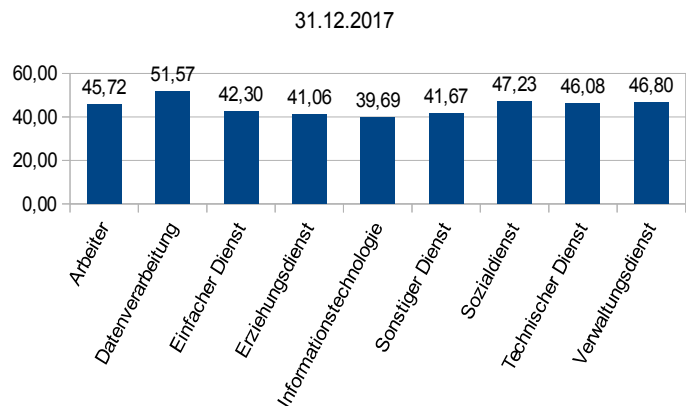


Beschäftigte nach Berufsgruppen/Alter

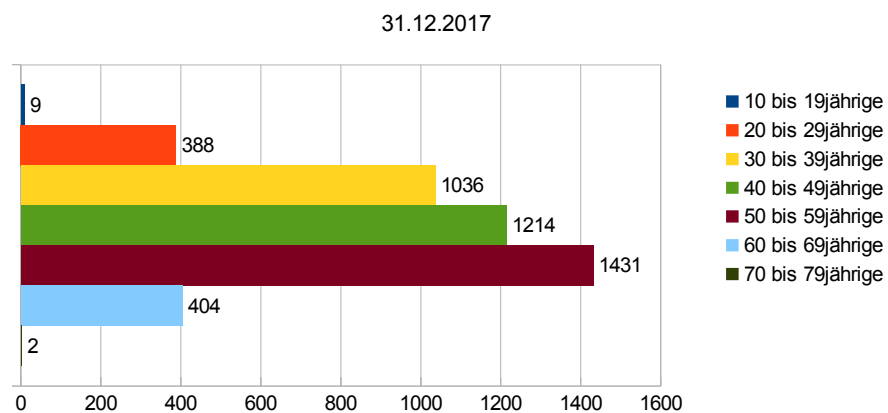
31.12.2017



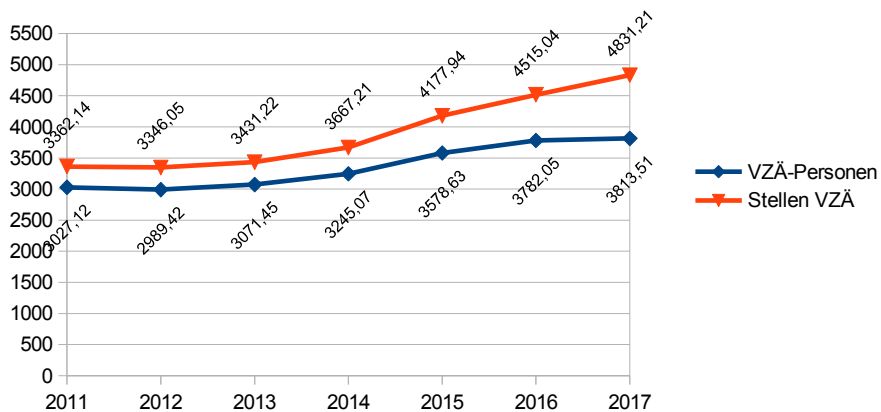
Durchschnittsalter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Fachrichtung



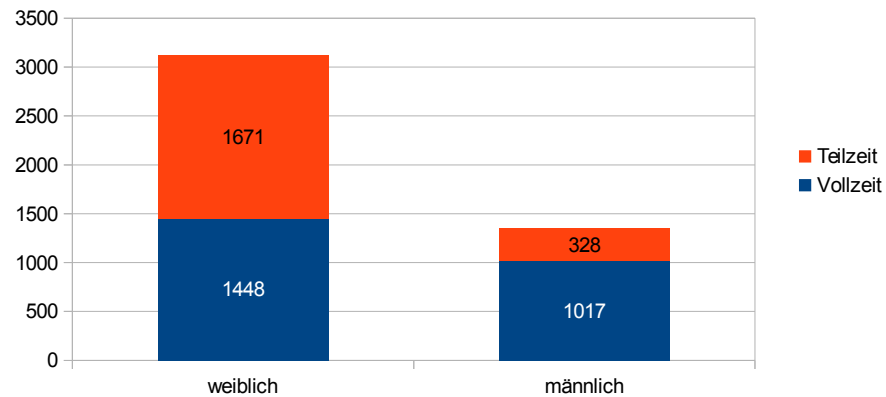
Altersverteilung der Beschäftigten im Sozialreferat inkl. Jobcenter München



Personalstand SozR - Entwicklung



Beschäftigte nach Geschlecht und Arbeitszeit



1.1.1


Produkt 1.1.1	Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Hilfen zur Gesundheit	Produkt im Plan	
---------------	--	-----------------	---

Die Leistungen dieses Produktes sichern den Lebensunterhalt von älteren oder in ihrer Erwerbsfähigkeit eingeschränkten Münchnerinnen und Münchnern, deren Einkommen oder Vermögen nicht ausreicht, um diesen selbst zu bestreiten. Personen ab 65 bzw. 67 Jahren (gestaffelt nach der maßgebenden Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII) erhalten Grundsicherung im Alter; Menschen im Alter von 18 bis unter 65 bzw. 67 Jahren (s.o.), sofern sie auf Dauer erwerbsgemindert sind, Grundsicherung bei Erwerbsminderung. Personen unter 65 bzw. 67 Jahren (s.o.), die nicht dauerhaft erwerbsgemindert sind, erhalten Hilfe zum Lebensunterhalt. Kinder und Jugendliche in Haushalten mit Sozialhilfe-, Wohngeld- und/oder Kindergeldbezug haben Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe.

Leistungen der Hilfen zur Gesundheit erhalten Bürgerinnen und Bürger, die über keinen Krankenversicherungsschutz und andere Ansprüche (z.B. Unfallversicherung) verfügen und die die Kosten nicht aus eigenen Einkommen und/oder Vermögen decken können. Die gewährten Hilfen entsprechen dem Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Leistungen werden in der Regel durch eine gesetzliche Krankenkasse erbracht, die entstandenen Kosten werden zzgl. Verwaltungskosten von den Krankenkassen direkt mit der Stadt abgerechnet. Die laufende Hilfe beinhaltet die Grundbedürfnisse des täglichen Bedarfs (Regelsatz und Kosten der Unterkunft plus Heizung). Hilfen für zusätzliche Bedarfe wie z. B. für die Erstausrüstung der Wohnung oder Bekleidung, Mehrbedarfzuschläge oder die Übernahme von Mietschulden (bis zu einer Monatsmiete) können bei Bedarf geleistet werden. Freiwillige Leistungen wie beispielsweise verbilligte MVV-Tickets oder der „München-Pass“, der Vergünstigungen bei der Inanspruchnahme von städtischen und nicht städtischen Einrichtungen bietet, werden ergänzend angeboten.

Ziel-feld	Indikator	Ist 2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	Leistungsbezieher/innen	20.900	21.774	21.242	-2%	
	> davon dauerhaft Erwerbsgeminderte (4. Kap.)	3.702	4.067	3.922	-4%	
L	> davon nicht dauerhaft Erwerbsgeminderte (3. Kap.)	2.597	2.400	2.495	4%	
L	Bedarfsgemeinschaften Grundsicherung/HLU	19.149	19.875	19.886	0%	
L	Leistungsbeziehende Hilfen zur Gesundheit	2.537	2.450	2.367	-3%	gesetzlicher Krankenversicherungsschutz greift stärker
R	Erlöse	139.981.793 €	145.163.651 €	143.672.283 €	-1%	
R	Kosten	193.190.099 €	203.185.991 €	204.138.994 €	0%	
R	> davon Geldleistungen für Bürger_innen (Transferleistungen)	169.365.624 €	174.995.680 €	178.448.565 €	2%	höhere Einzelfallkosten als geplant; Entwicklung nicht beeinflussbar
R	>> davon Bildung und Teilhabe	845.940 €	1.000.000 €	867.823 €	-13%	
	>> davon Hilfen zur Gesundheit	18.535.135 €	20.176.828 €	20.157.825 €	0%	
R	Transferleistungen je Leistungsbezieher_in je Monat	675 €	670 €	684 €	2%	
R	Transferkosten je Leistungsbezieher_in Hilfen zur Gesundheit und Jahr	7.306 €	8.235 €	8.516 €	3%	höhere Einzelfallkosten als geplant; Entwicklung nicht beeinflussbar
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-53.208.306 €	-58.022.340 €	-60.466.711 €	4%	

1.1.2

Produkt 1.1.2	Grundsicherung für Arbeitssuchende	Produkt unter Plan; weniger anerkannte Flüchtlinge als erwartet	
----------------------	---	---	---

Die Grundsicherung für Arbeitssuchende dient der Sicherstellung des Lebensunterhalts von erwerbsfähigen Personen und deren Angehörigen, sofern sie nicht in der Lage sind, diesen durch eigenes Einkommen und/oder Vermögen zu bestreiten. Die Grundsicherung für Arbeitssuchende umfasst auch die Vermittlung in Arbeit und die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in das Arbeitsleben. Sie soll die Eigenverantwortung stärken und dazu beitragen, dass diese Personen unabhängig von der Grundsicherung für Arbeitssuchende leben können.

Neben der Vermittlung in Arbeit beinhaltet die Grundsicherung für Arbeitssuchende auch unterstützende Angebote zur aktiven Arbeitsförderung. Die Angebote reichen von Bewerbungstraining und Coaching über Aus- und Weiterbildungsangebote bis hin zu Starthilfen für Existenzgründerinnen und -gründer.

Ziel-feld	Indikator	Ist 2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
W	Integrationen in den 1. Arbeitsmarkt	15.344	15.000	15.776	5%	anerkannte Flüchtlinge müssen größtenteils erst qualifiziert werden, bevor eine Vermittlung erfolgen kann
L	Bedarfsgemeinschaften	40.249	40.800	39.201	-4%	
L	Leistungsbezieher/innen	74.955	75.600	74.047	-2%	Anstieg der Flüchtlinge im SGBII geringer als erwartet
L	Leistungsbezieher/innen unter 15 Jahren	21.413	22.160	21.520	-3%	
L	Arbeitslose ALG II-Bezieher/-innen in der Arbeitsvermittlung	20.559	20.850	17.296	-17%	
R	Erlöse	134.353.337 €	155.337.120 €	152.798.656 €	-2%	
R	Kosten	321.410.376 €	328.077.194 €	322.158.021 €	-2%	
R	> davon Geldleistungen für Bürgerinnen und Bürger	256.728.958 €	262.466.713 €	254.490.763 €	-3%	
	>> davon Kosten der Unterkunft	250.197.798 €	256.466.813 €	248.523.190 €	-3%	
	>> davon Bildung und Teilhabe	5.878.950 €	6.000.000 €	5.968.573 €	-1%	
R	Durchschnittliche Kosten der Unterkunft je Bedarfsgemeinschaft/Monat	504 €	519 €	507 €	-2%	Aufgrund der fehlenden Satzung konnten für die anerkannten Flüchtlinge in den GU keine KDU berechnet werden; daher sind in 2017 die durchschnittlichen KDU zu niedrig. Die Steigerung zu 2018 wird voraussichtlich überdurchschnittlich hoch ausfallen.
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-187.057.039 €	-172.740.074 €	-169.359.365 €	-2%	


Produkt 1.1.3	Schuldner- und Insolvenzberatung	Produkt im Plan	
----------------------	---	-----------------	---

Die Schuldner- und Insolvenzberatung umfasst neben der eigentlichen Schuldnerberatung und Schuldenregulierung auch die Budgetberatung und die hauswirtschaftliche Unterstützung, die Beratung für andere soziale Institutionen (Fachberatung) sowie die präventive Arbeit (insbesondere an den Münchner Schulen) und die Öffentlichkeitsarbeit, um eine Ver- oder Überschuldung im Vorfeld zu vermeiden. Sie fördert so die soziale Stabilisierung, die wirtschaftliche Konsolidierung und die Reorganisation von ver- und überschuldeten Privathaushalten durch Einzelfallhilfe, Multiplikatoren- und Aufklärungsarbeit.

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	Beratene Personen	6.286	6.200	6.163	-0,6%	
W	> Anteil der erfolgreich abgeschl. Schuldnerberatungen	45%	45%	44%	-2,2%	
L	> Anteil der Nichtdeutschen	50,0%	50,0%	49,4%	-1,2%	
L	> Anteil der Alleinerziehenden	13,0%	13,0%	12,5%	-3,8%	
Q	Beratene Personen pro Vollzeitstelle	152	150	149	-0,7%	
Q	Einwohner je Vollzeitstelle*	30.100	30.000	29.700	-1,0%	Bereinigung der Bevölkerungsdaten
R	Erlöse	220.551 €	136.000 €	186.851 €	37,4%	Spendenmittel nicht planbar, InsO-Förderung plangemäß
R	Kosten	5.128.757 €	5.353.360 €	5.529.194 €	3,3%	
R	> davon Zuschüsse an freie Träger	3.104.612 €	3.260.154 €	3.294.496 €	1,1%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-4.908.206 €	-5.217.360 €	-5.342.343 €	2,4%	

* eingerichtete Stellen, unabhängig von der Besetzung

2.1.5

Produkt 2.1.5	Kindertagesbetreuung	Trotz intensiver Marketingmaßnahmen konnten weniger neue Tagesbetreuungspersonen angeworben werden als erwartet. Der Rückgang in der Tagesbetreuung in Familien wird jedoch durch die Ausweitung der Großtagespflege kompensiert.	
----------------------	-----------------------------	---	---

Das Produkt Kindertagesbetreuung beinhaltet Kindertagespflege in Familien, Großtagespflege und elternorganisierte Kindertagesgruppen. Kindertagespflege umfasst Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern ab neun Wochen bis einschließlich 14 Jahren im Umfang von durchschnittlich mindestens zehn Wochenstunden pro Kind. Kindertagespflege wird von geeigneten Tagesbetreuungspersonen (TBP) im eigenen Haushalt (Kindertagespflege in Familien) oder in angemieteten Räumen (Großtagespflege) geleistet. Jede Tagesbetreuungsperson darf gemäß § 43 SGBVIII maximal 5 gleichzeitig anwesende Tagespflegekinder aufnehmen. Elternorganisierte Kindertagesgruppen sind Betreuungsgruppen mit weniger als 20 Stunden wöchentlicher Öffnungszeit. Sie stellen von Eltern in Eigenleistung organisierte, altersgemischte Betreuungsplätze für Kinder bereit. Das Produkt bietet flexible und kostengünstige Betreuungsplätze im Rahmen der Familienselbsthilfe und Vernetzung von Familien.

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	Plätze in Kindertagesbetreuung insgesamt	2.067	2.210	2.186	-1,1%	
L	Plätze bei Tagesbetreuungspersonen	1.219	1.300	1.186	-8,8%	Immer weniger Menschen in München verfügen über eine für Kindertagespflege geeignete Wohnung. Tagespflegepersonen, die in den ersten Jahren nach der Geburt ihrer eigenen Kinder als Pflegeperson tätig waren, kehren aufgrund des guten Arbeitsmarktes schneller in ihren Ursprungsberuf zurück.
L	Plätze in Kindertagesgruppen (Großtagespflege mit Ersatzbetreuung)	447	470	580	23,4%	Interesse deutlich höher als erwartet. 2017 konnten 15 neue Großtagespflegen in München eröffnet werden. Tagesbetreuungspersonen, die eine Großtagespflege eröffnen, finden in der Regel zeitnah eine passende anzumietende Immobilie.
L	Plätze in elternorganisierten Kindertagesgruppen	401	440	420	-4,5%	
R	Erlöse	4.599.058 €	5.272.183 €	4.851.719 €	-8,0%	Plan 17 beruht auf der Annahme, dass sich der Basiswert des Sozialministeriums, nachdem sich die BayKiBiG-Förderung berechnet, in gleichem Maße erhöhen würde wie in den vorangegangenen Jahren. Er wurde jedoch nur minimal erhöht.
R	Produktkosten	9.613.974 €	11.369.609 €	11.382.662 €	0,1%	
	davon Förderung freier Träger	2.525.398 €	2.676.325 €	2.264.077 €	-15,4%	Aufgrund von Fachkräftemangel konnten offene Stellen bei freien Trägern nicht nachbesetzt werden.
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-5.014.916 €	-6.097.426 €	-6.530.943 €	7,1%	s.o.

2.2.1

Produkt 2.2.1	Erziehungsangebote und Kinderschutz	stark sinkende Fallzahlen im Bereich uM, stationäre Hilfen und Kinderschutz über Plan	
----------------------	--	---	---

Die Erziehungsangebote fördern die Entwicklung junger Menschen zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten und stärken die Erziehungsfähigkeit der Eltern. Die jungen Menschen und ihre Eltern haben einen Rechtsanspruch auf diese Hilfen nach §§ 27 ff., § 41 und § 35a SGB VIII. Außerdem haben Kinder und Jugendliche nach §§ 1, 8a SGB VIII einen Anspruch auf Schutz vor Gefährdung ihres Wohls. Die Produktleistungen umfassen im Kinderschutz die Inobhutnahme, in den erzieherischen Angeboten die ambulanten und teilstationären sowie die stationären Erziehungshilfen in Familien und Einrichtungen. Weiterhin gehören die Eingliederungshilfen für Kinder, die von seelischer Behinderung betroffen oder bedroht sind, die wirtschaftliche Unterstützung zur Inanspruchnahme von Angeboten der Kinderbetreuung, Kinder- und Jugendberufshilfe und Familienbildung sowie die Steuerung der Jugendgerichtshilfe zu diesem Produkt.

Bei den Fallzahlen handelt es sich um Stichtagsfälle, also eine Momentaufnahme zum 31.12.2017. Der Arbeitsaufwand durch den Durchlauf während des Gesamtjahres ist nicht sichtbar. D.h. eine Gegenüberstellung von Kosten (Jahr) und Fallzahlen (Stichtag) ist nicht sinnvoll und aussagekräftig.

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	Anzahl der Kinder, die durch Frühe Hilfen des Kinderschutzes erreicht werden	794	800	772	-3,5%	
L	Anzahl der Haushalte mit ambulanten Krisenhilfen	68	70	60	-14,3%	
L	Bestandsfälle in allen Kinderschutzmaßnahmen (Kurz- und Bereitschaftspflege, Inobhutnahmen) ohne unbegleitete Flüchtlinge (uF)	197	200	223	11,5%	
L	Bestandsfälle in allen Kinderschutzmaßnahmen (Kurz- und Bereitschaftspflege, Inobhutnahmen) nur uF	305	150	111	-26,0%	stark sinkende Flüchtlingszahlen
L	Bestandsfälle in ambulanten Erziehungshilfen nach §§ 29-31, 35 SGB VIII (AEH)	1.287	1.300	n.v.	n.v.	Ersatzerfassung der Daten wird erstellt, liegt aktuell aber noch nicht vor
L	Bestandsfälle in ambulanten Eingliederungshilfen	1.144	1.130	1.144	1,2%	
L	Bestandsfälle in sonstigen ambulanten Erziehungshilfen (inkl. § 20 SGB VIII) – inkl. UmA	602	600	692	15,3%	
L	Bestandsfälle in Tagesgruppen nach § 32 SGB VIII	250	250	227	-9,2%	
L	Bestandsfälle in Heilpädagogischen Tagesstätten (HPT) nach § 35a SGB VIII	799	820	787	-4,0%	

2.2.1

Produkt 2.2.1 Erziehungsangebote und Kinderschutz						
Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	Bestandsfälle Schulgeldübernahme nach § 35a SGB VIII	82	90	74	-17,8%	
L	Bestandsfälle in sonstigen teilstationären Hilfen	6	5	4	-20,0%	
L	Bestandsfälle in stationären Einrichtungen ohne umA (ohne Kostenerstattung)	1.539	1.500	1.596	6,4%	
L	Bestandsfälle in stationären Einrichtungen unbegleitete Ausländer	1.583	1.300	1.325	1,9%	
L	Bestandsfälle in Pflegefamilien nach § 33 SGB VIII	694	685	640	-6,6%	
L	Mit Hauptverhandlung abgeschlossene Fälle der Jugendgerichtshilfe	2.737	3.200	2.995	-6,4%	Aufgrund der nicht vorhersehbaren Delinquenzentwicklung und der Entscheidungsfreiheit der Gerichte nur bedingt planbar. Unterjährige Zahlen zu den ambulanten Maßnahmen nach § 10 JGG stehen nicht zur Verfügung.
L	davon mit Auflage zur Teilnahme an ambulanten Maßnahmen	696	700	744	6,3%	
L	ohne Gerichtsverfahren erfolgte Verfahrenseinstellungen durch die Staatsanwaltschaft	745	650	839	29,1%	
L	Bestandsfälle in Kindertagesbetreuung (ohne §§ 11/16 SGB VIII) mit wirtsch. Förderung	4.998	5.100	5.361	5,1%	
R	Summe aller Transferkosten des Produkts	384.701.176 €	356.031.193 €	318.468.422 €	-10,6%	
R	Transferkosten für Hilfen zur Erziehung (ohne Kinderschutz u. Wirtschaftliche Förderung)	276.683.137 €	271.822.082 €	259.729.952 €	-4,4%	
R	Transferkosten für alle Kinderschutzmaßnahmen	80.101.053 €	53.596.341 €	28.236.762 €	-47,3%	Stark sinkende Fallzahlen bei den unbegleiteten Flüchtlingen
R	> davon für unbegleitete Flüchtlinge (uF)	63.601.053 €	46.000.000 €	10.575.948 €	-77,0%	
R	Transferkosten für alle ambulanten Hilfen (AEH, amb. Eingliederungshilfe, sonstige amb. Hilfen)	30.006.674 €	31.497.243 €	35.830.686 €	13,8%	Ausbau den ambulanten Hilfen
R	> davon ambulante Erziehungshilfen (AEH)	20.024.739 €	20.527.653 €	24.570.132 €	19,7%	

2.2.1

Produkt 2.2.1 Erziehungsangebote und Kinderschutz						
Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
R	Transferkosten für alle teilstationären Hilfen	28.759.541 €	29.172.539 €	30.406.244 €	4,2%	
R	Transferkosten für alle stationären Hilfen	217.916.922 €	211.152.300 €	193.493.022 €	-8,4%	
R	davon für unbegleitete Flüchtlinge (uF)	101.883.405	98.700.000 €	79.428.453 €	-19,5%	Stark sinkende Fallzahlen bei den unbegleiteten Flüchtlingen
R	davon in stationären Einrichtungen (ohne unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, ohne Kostenerstattung)	100.000.000	94.519.387 €	98.145.866 €	3,8%	
R	davon in Pflegefamilien	11.103.601	12.243.888 €	11.480.719 €	-6,2%	
R	davon Kostenerstattung an andere Jugendhilfeträger	4.929.916	5.689.025 €	4.437.984 €	-22,0%	nicht steuerbar
R	Transferkosten wirtschaftliche Unterstützung zur Kindertagesbetreuung und §§ 11, 16 SGB VIII	27.411.063	29.075.357 €	29.338.399 €	0,9%	
R	Zuschussmittel für Jugendgerichtshilfe	1.605.785 €	1.307.618 €	1.212.087 €	-7,3%	
R	Transferleistungen für Jugendgerichtshilfe	505.923 €	1.537.413 €	1.163.309 €	-24,3%	
R	Erlöse	319.523.031 €	118.437.528 €	55.701.163 €	-53,0%	siehe Erlöse aus Transfer umA
	davon städtisches Heim JustM	4.098.314 €	3.043.911 €	4.060.493 €	33,4%	
R	davon Erlöse aus Transfer unbegleitete Flüchtlinge (uF)	255.834.661 €	89.645.000 €	28.250.000 €	-68,5%	Die Kostenerstattungen für 2017 und den Anteil YRC für 2016 verzögern sich, da noch keine vom überörtlichen Träger akzeptierten Tagessätze vorliegen. Zudem stark sinkende Fallzahlen bei den Flüchtlingen
R	Kosten	470.126.579 €	439.586.168 €	405.541.822 €	-7,7%	
	davon städtisches Heim JustM	4.342.562 €	4.523.791 €	4.348.831 €	-3,9%	
	davon Jugendgerichtshilfe	4.529.718 €	5.116.047 €	4.723.508 €	-7,7%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-150.603.548 €	-321.148.640 €	-349.840.659 €	8,9%	


2.2.2

Produkt 2.2.2	Adoption	Produkt unter Plan, nicht steuerbar	
----------------------	-----------------	-------------------------------------	---

Zur Adoption freigegebene Kinder werden in geeignete Familien vermittelt. Dabei werden die Herkunftseltern und die zukünftigen Eltern beraten und begleitet. Im Inland adoptierte Kinder werden bis zum formalen Abschluss des Adoptionsverfahrens mindestens ein Jahr weiter betreut, bei aus dem Ausland adoptierten Kindern erfolgt die Betreuung nach länderspezifischen Vorgaben auch noch mehrere Jahre nach der vollzogenen Adoption. Die Mitwirkung im Adoptionsverfahren für Minderjährige (Stiefeltern- / Verwandten- und Fremdadoption) ist dem Jugendamt hoheitlich übertragen. Betroffene, d.h. Adoptiveltern, Adoptivkinder und Geschwister des zur Adoption freigegebenen Kindes und leibliche Eltern werden bei der Herkunftsermittlung unterstützt.

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	zur Vermittlung vorgemerkte Adoptionsbewerber/-innen	61	65	53	-18,5%	nicht steuerbar
L	Adoptionsabschlüsse	60	55	63	14,5%	
L	Herkunftsermittlung für Betroffene	88	90	102	13,3%	
R	Erlöse	6.000 €	11.000 €	10.600 €	-3,6%	Spenden nicht planbar
R	Produktkosten	1.300.926 €	1.161.858 €	981.177 €	-15,6%	Belastung durch Anpassung der Sekundärkostenverrechnung
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	1.294.926 €	1.150.858 €	970.577 €	-15,7%	

2.3.1


Produkt 2.3.1	Vormundschaft, Pflegerschaft	Rückgang der Vormundschaften im Bereich umA. Daher ist nun auch für die Amtsvormund-/Amtspflegschaften eine gesetzeskonforme Ausübung der Tätigkeit möglich, insbesondere können die Mündelkontakte in fachlich und gesetzlich notwendigem Maße stattfinden. 
----------------------	-------------------------------------	--

Aufgabe ist die Ausübung der elterlichen Sorge für Minderjährige im Rahmen von Vormundschaften (volle elterliche Sorge) und Pflegerschaften (Teilbereiche der elterlichen Sorge) nach Anordnung durch das Familiengericht. Neben dem Stadtjugendamt erbringen auch sechs freie Träger diese Leistung.

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	Gesamtzahl der geführten Vormund-/pfllegschaften* (städtischer und freier Träger)	3.548	2.500	2.226	-11,0%	Weiterhin rückläufige Flüchtlingszahlen und bundesweite Verteilung von umA, daher wenig Zugang an Vormundschaften für umA.
L	Mündel/Pflegling pro Planstelle beim städtischen Träger**	43	40	32	-20,0%	Mit Beschluss vom 22.06. wurde auch für den städtischen Träger eine Fallzahl von 30 pro VZÄ festgelegt. Die angegebene Fallzahl ist der Jahres-Mittelwert. Zum Stichtag 31.12.17 lag die Fallzahl bei 30 pro VZÄ.
L	Mündel/Pflegling pro Planstelle beim freien Träger**	30	30	30	0,0%	Fallzahl 1 : 30 bei den freien Trägern durch das Landesjugendamt und Stadtratsbeschluss vorgegeben.
W	Vormünder/Pfleger_innen haben mindestens acht mal jährlich qualifizierten Kontakt zu ihren Mündeln/ Pfleglingen – städtischer Träger	44%	40%	51%	27,5%	
W	Vormünder/Pfleger_innen haben mindestens acht mal jährlich qualifizierten Kontakt zu ihren Mündeln/ Pfleglingen – freie Träger	65%	60%	68%	13,3%	
L	Anzahl der umA (unbegleitete minderjährige Ausländer)*	2.275	1.300	996	-23,4%	Weiterhin rückläufige Flüchtlingszahlen und bundesweite Verteilung von umA, daher wenig Zugang an Vormundschaften für umA.
R	Erlöse	20.086 €	0 €	0 €	0,0%	Für 2017 wurden keine SZ-Spendenmittel beantragt.
R	Produktkosten	7.199.381	8.470.004	7.341.136	-13,3%	
R	> davon Fördermittel an freie Träger	3.153.897 €	3.784.888	2.717.733	-28,2%	sinkende umA-Zahlen
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-7.179.295 €	-8.470.004 €	-7.341.136 €	-13,3%	

* Es handelt sich um Jahressummen

** Jahresmittelwert

Produkt 2.3.2.	Beistandschaft, Rechtsberatung, Beurkundung	Fallzahlrückgang bei den Beistandschaften, deutliche Fallzahlsteigerung Bei den Beurkundungen	
-----------------------	--	--	---

Die Beistandschaft vertritt minderjährige Kinder, die nicht aus einer Ehe stammen. Den Antrag stellt der allein sorgeberechtigte oder alleinerziehende Elternteil. Dabei geht es um Feststellung der Vaterschaft bzw. Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen. Der antragsberechtigte Elternteil kann sich hierzu auch beraten lassen, ohne eine Beistandschaft zu beantragen. Beraten werden auch junge Volljährige bis zum 21. Geburtstag zu ihren eigenen Unterhaltsansprüchen. In der Urkundsstelle werden kostenfrei Vaterschafts- und Mutterschaftsanerkenntnisse, Zustimmungen zu Vaterschaftsanerkenntnissen, Unterhaltsverpflichtungen und Sorgeerklärungen beurkundet. Im Stadtjugendamt München wird das Sorgerechtsregister für in München geborene Kinder, die nicht einer Ehe entstammen, geführt. Deren Müttern werden auf Anfrage zum Nachweis ihrer alleinigen Sorge anhand dieses Registers sogenannte Negativatteste ausgestellt.

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	Geltendmachung von Kindesunterhalt (Fallzahl)	7.272	8.500	6.993	-17,7%	Fallzahlrückgang u.a. wegen intensiverer Prüfung der Sinnhaftigkeit einer Beistandschaft sowie Einschränkung der Aktenneuzugänge
L	Anzahl der Beratungen für Elternteile (ohne gleichzeitige Beistandschaft)	9.072	8.000	7.994	-0,1%	
L	Anzahl der Beratungen für junge Volljährige zwischen 18 und unter 21 Jahren	1.670	1.500	1.546	3,1%	
L	Erfolgte Beurkundungen	7.750	6.500	8.340	28,3%	
Q	Wartezeit vom Erstkontakt bis zum Beratungstermin für Elternteile bis zu 2 Wochen	80,0%	80,0%	80,0%	0,0%	hohe Nachfrage im Sonderdienst Beurkundung
Q	Wartezeit vom Erstkontakt bis zum Beurkundungstermin bis zu 2 Wochen	54%	50,0%	73,0%	46,0%	
Q	Wartezeit vom Erstkontakt bis zum Beratungstermin bei der Rechtsberatung junger Volljähriger bis zu 2 Wochen	100%	100,0%	100,0%	0,0%	
L	rechtsverbindliche Feststellung des Unterhaltsanspruchs des Kindes (Titelquote)	81%	81,0%	85,0%	4,9%	bei rückläufigen Fallzahlen ist eine intensivere Verfolgung der Unterhaltsansprüche im Einzelfall möglich ist
L	Erfolgreiche Durchsetzung des Unterhaltsanspruchs des Kindes (Zahlerquote)	76%	76,0%	76,0%	0,0%	
L	Summe der vom Beistand vereinnahmten Unterhaltszahlungen in Mio. €	15,38	17,30	15,60	-9,8%	Fallzahlrückgang
R	Erlöse	0 €	0	0	0,0%	
R	Produktkosten	7.054.595 €	7.525.088	3.513.430	-53,3%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-7.054.595 €	7.525.088	3.513.430	-53,3%	

Produkt 2.3.3	Unterhaltsvorschuss	Produkt unter Plan wegen Gesetzesänderung	
----------------------	----------------------------	---	---

Unterhaltsvorschuss dient der Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinerziehender Mütter und Väter, die nicht oder nicht regelmäßig Unterhalt bzw. Waisenbezüge in Höhe des jeweils geltenden Mindestunterhaltsbetrags nach der Düsseldorfer Tabelle (abzüglich Erstkindergeld) erhalten. Die Leistung wird seit dem 01.07.2017 in drei Altersstufen gewährt. Die Zahlbeträge mit Wirkung vom 01.01.2018 sind: Für Kinder unter sechs Jahren 150 €, für sechs bis elfjährige Kinder 201 € und für Kinder und Jugendliche im Alter von zwölf bis siebzehn Jahren 268 € im Monat.

Die Kosten hierfür trägt zu 40 % der Bund und zu 60 % der Freistaat Bayern. Unterhaltsvorschussleistungen sind staatliche Leistungen, die durch die Unterhaltsvorschussstelle in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Finanzen vom unterhaltspflichtigen Elternteil zurück geholt werden. Der Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes ist eine Aufgabe im übertragenen Wirkungskreis für den Freistaat Bayern.

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	Anzahl der Abgaben an des Landesamt für Finanzen	2.049	2.500	1.623	-35,1%	Aufgrund der Gesetzesänderung UVG kam es zu einem Rückstau in der Antragsbearbeitung. Für die Bewältigung wurde eine Priorisierung für die Bearbeitung vorgegeben, so dass vorrangig über Anträge entschieden werden sollte. Abgaben an das Landesamt für Finanzen erfolgen erfahrungsgemäß zeitversetzt. Aufgrund der gesetzten Priorisierung jedoch mit einer größeren zeitlichen Verzögerung.
L	Zahl der Kinder, für die UVG gezahlt wird	4.516	9.000	5.301	-41,1%	Die UVG-Novellierung trat am 17.08.2017 rückwirkend zum 01.07.2017 in Kraft. Derzeit werden die offenen Neuanträge mit Priorität 1 abgearbeitet. Zum 31.12.2017 waren 4.040 Neuanträge offen. Da noch nicht alle neu geschaffenen Stellen besetzt sind konnten noch nicht alle Neuanträge verbeschieden werden.
L	Rückholquote (nachrichtlich min. 25 %)	32%	27%	25%	-7,4%	
R	Erlöse	770 €	1.507 €	250 €	-83,4%	Die Vereinnahmung von Bußgeldern ist derzeit im Rahmen der Bearbeitung nicht priorisiert.
R	Kosten	3.449.177 €	3.823.320 €	4.323.801 €	13,1%	Schaffung neuer Stellen aufgrund Gesetzesnovellierung, diese sind z.T. schon besetzt
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-3.448.407 €	-3.821.813 €	-4.323.551 €	13,1%	


3.1.1

Produkt 3.1.1	Kinder- und Jugendarbeit	Produkt im Plan	
----------------------	---------------------------------	-----------------	---

Zu diesem Produkt gehören regionale und überregionale Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit, das Jugendkulturwerk, die verbandliche Kinder- und Jugendarbeit, Ferienangebote sowie der Bereich Jugendschutz. Diese Angebote leisten einen Beitrag zur Förderung, Erziehung und Bildung junger Menschen und zu einer kinder- und jugendfreundlichen städtischen Lebenswelt. Durch zahlreiche Gruppenangebote wird die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten unterstützt und die Übernahme gesellschaftlicher Mitverantwortung gefördert. Die Angebote dieses Produktes fördern darüber hinaus die Selbstorganisation junger Menschen in Jugendverbänden und Jugendinitiativen, bieten attraktive Möglichkeiten für gemeinschaftliche Ferienaufenthalte und wirken durch Angebote zu sinnvoller Freizeitgestaltung Gefährdungen junger Menschen entgegen.

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	geförderte Einrichtungen insgesamt	162	162	162	0,0%	
L	Stammesbesucher bei regionalen Angeboten	12.254	12.500	12.198	-2,4%	
L	Nutzung der reg. Angebote	1.878.543	1.900.000	1.872.350	-1,5%	
	Nutzungen von regionalen Angeboten pro Einrichtung und Öffnungstag	87	90	87	-3,3%	
L	Nutzung der überregionalen Angebote	691.414	660.000	675.675	2,4%	
L	betreute Kinder bei Ferienangeboten	14.519	17.000	16.437	-3,3%	
R	Erlöse	1.213.675 €	860.302 €	1.266.115 €	47,2%	Zweckgebundene Zuschüsse für Familien- und Ferienpass und Spenden bei den Ferienangeboten sind nicht kalkulierbar und deshalb im Plan nicht enthalten.
R	Produktkosten	57.135.619 €	57.534.569 €	58.900.659 €	2,4%	
	davon Zuschuss an freie Träger	41.569.723 €	42.650.908 €	42.621.991 €	-0,1%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-55.921.944 €	-56.674.267 €	-57.634.544 €	1,7%	

3.1.2

Produkt 3.1.2	Jugendsozialarbeit	Produkt im Plan 
----------------------	---------------------------	---

Jugendsozialarbeit fördert benachteiligte junge Menschen, um sie schulisch, beruflich und sozial zu integrieren. Dafür werden strukturelle Angebote mit folgenden Schwerpunkten vorgehalten: Schulsozialarbeit an Grund-, Haupt-, Förder- und Berufsschulen; vielfältige Maßnahmen zur Schülerinnen- und Schülerförderung; Maßnahmen zur Förderung der unter 25-Jährigen beim Übergang Schule / Beruf sowie den Angeboten der Berufsbezogenen Jugendhilfe. Angebote zur Gewaltprävention an Schulen und Streetwork, sowie Maßnahmen bei Jugenddelinquenz (Jugendgerichtshilfe, Streetwork, zielgruppenspezifische ambulante Maßnahmen präventiver und reaktiver Art).

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	durch Streetwork/ aufsuchende Jugendarbeit intensiv betreute Personen	1.937	2.500	2.221	-11,2%	Die Anzahl der betreuten Personen unterliegt Schwankungen.
L	Schulen mit Schulsozialarbeit	147	147	147	0,0%	
L	davon Grundschulen	42	42	42	0,0%	
L	davon Mittelschule (ehem.Hauptschulen)	44	44	44	0,0%	
L	davon Förderschulen	16	16	16	0,0%	
	davon Realschulen	4	4	4	0,0%	
L	davon beruflichen Schulen	41	41	41	0,0%	
L	erreichte TeilnehmerInnen in der Berufsbezogenen Jugendhilfe	730	750	673	-10,3%	Regelungen des Europäischen Sozialfonds machen eine Nachbesetzung frei werdender Plätze bzw. Überbelegung nicht mehr möglich. Die Auslastungsquote beträgt 90% über das ganze Jahr.
L	Abgangsschüler_innen an Mittelschulen mit direktem Übergang in duale Ausbildung, Berufsfachschule, Berufsgrundschuljahr und weiterführende Schulen	63%	63%	61%	-3,8%	
R	Erlöse	1.192.780	778.994	1.095.634	40,6%	Im Plan 17 waren die höheren Erstattungsraten der Agentur für Arbeit für das Projekt Jade und die höheren Zuweisungen der Regierung von Oberbayern (JaS und KuMi-Mittel) noch nicht berücksichtigt, da der Bescheid noch nicht vorlag. Zudem sind zweckgebundene Zuschüsse und Spenden bei Schulsozialarbeit und Streetwork eingegangen, die nicht kalkulierbar waren und deshalb im Plan nicht enthalten sind.
R	Produktkosten	33.513.964	34.783.617	34.737.673	-0,1%	
	davon Zuschussmittel an Freie Träger	20.637.177	23.044.725	21.100.353	-8,4%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-32.321.184 €	-34.004.623 €	-33.642.039 €	-1,1%	

3.2.1

Produkt 3.2.1	Familienangebote	Produkt im Plan	
----------------------	-------------------------	-----------------	---

Die Angebote für Familien umfassen sowohl vielfältige präventive Maßnahmen zur Unterstützung von Müttern, Vätern und Familien in ihrer Erziehungsverantwortung und der Gestaltung des Familienlebens als auch pädagogische und therapeutische Maßnahmen im Einzelfall. Die leicht zugänglichen Leistungen werden – in Bezug auf die verschiedenen Lebenslagen von Familien – erbracht von Familienzentren, den Kontaktstellen der Frühen Förderung, Einrichtungen der Familienbildung und weiteren offenen Familienangeboten, von Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatung sowie der Bezirkssozialarbeit. Die Angebote richten sich an Eltern und Paare, Kinder, Jugendliche und Familien aber auch Fachkräfte anderer sozialer Dienste. Die Angebote sind in der Regel wohnortnah sowie in regionale und überregionale Vernetzungsstrukturen eingebunden. Bei Trennungs- und Scheidungssituationen gehört die Mitwirkung der öffentlichen Jugendhilfe (Bezirkssozialarbeit) im familiengerichtlichen Verfahren bei elterlicher Sorge und Umgang ebenfalls zu den Leistungen des Produktes.

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	Angebotsstunde ^{*)} in Familienbildungsstätten pro Einrichtung pro Öffnungstag	12	11	12	9,1%	
L	Nutzungen durch Besucherinnen und Besucher in Familienbildungsstätten pro Einrichtung pro Öffnungstag ^{*)}	104	100	96	-4,0%	aufgrund von Umzug blieb eine Einrichtung länger geschlossen
L	Familienberatungen der BSA in Haushalten mit Kindern	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	Aktuell sind keine Auswertungen wegen der Umstellung auf SOJA möglich.
L	Mitwirkung an familiengerichtlichen Verfahren (inkl. Gewaltschutzgesetz)	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	
L	Beratene Familien in den Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen	12.667	13.000	12.887	-0,9%	
L	> davon Erziehungsberatung nach § 28 SBG VIII	4.646	5.000	4.764	-4,7%	
L	> davon beratene Alleinerziehende	5.074	5.100	4.984	-2,3%	
R	Erlöse	506.196 €	330.928 €	503.655 €	52,2%	
R	Produktkosten	43.595.827 €	47.170.240 €	44.491.268 €	-5,7%	
	davon Zuschussmittel an Freie Träger	19.685.827 €	25.572.788 €	19.375.968 €	-24,2%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-43.089.631 €	-46.839.312 €	-43.987.613 €	-6,1%	

*) Zur Berechnung des Durchschnittswerts wurde von 225 Angebotstagen im Jahr ausgegangen (45 Wochen mit je 5 Tagen)

3.2.2

Produkt 3.2.2	Aktivierung und Unterstützung für Familien, Frauen und Männer	Produkt im Plan 
----------------------	--	---

In diesem Produkt sind Einrichtungen der Nachbarschaftshilfe mit Angeboten für verschiedene Zielgruppen, wie z.B. Familien mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende, Seniorinnen und Senioren sowie beratende Einrichtungen mit geschlechts-, zielgruppen- und themenspezifisch orientierten Angeboten und Seelsorgeeinrichtungen zusammen gefasst. Die Einrichtungen der Nachbarschaft arbeiten gemeinwesenorientiert und richten ihr Angebot an Bedarf und Nachfrage im Stadtteil aus. Es sind sowohl Ehrenamtliche als auch sozialpädagogische Fachkräfte tätig. Das Programm beinhaltet in der Regel offene Treffpunkte, niederschwellige Beratung, Kurse und Vorträge im Bildungsbereich, Vermittlung an Fachstellen und die Unterstützung bei der Bewältigung schwieriger Lebenslagen. Die geschlechts-, zielgruppen- und themenspezifischen Einrichtungen bieten stadtweit Beratung für Menschen in persönlichen Belastungs- und Krisensituationen, dabei liegt ein Aufgabenschwerpunkt in Unterstützungsangeboten bei häuslicher Gewalt in Partnerschaften. Durch die Spezialisierung in ihren Angeboten können diese Einrichtungen neben Angeboten für die jeweilige Zielgruppe auch Fortbildungen bzw. Fachberatung für Fachpersonal anbieten.

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
	geförderte geschlechts- und zielgruppenspezifische Einrichtungen und Einrichtungen der Seelsorge	21	21	21	0,0%	
L	durchschnittliche Anzahl der Nutzungen geschlechts- und zielgruppenspezifische Einrichtungen und Einrichtungen der Seelsorge pro Einrichtung und Öffnungstag	32	32	33	3,1%	
R	Erlöse	0 €	0 €	0 €	0,0%	
R	Produktkosten	6.227.320 €	5.301.672 €	5.367.278 €	1,2%	
	davon Zuschussmittel an freie Träger	5.281.422 €	4.362.589 €	4.407.602 €	1,0%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-6.227.320 €	-5.301.672 €	-5.367.278 €	1,2%	

4.1.1

Produkt 4.1.1	Mietberatung und Mietspiegel	Produkt im Plan	
----------------------	-------------------------------------	-----------------	---

Die kostenlose Mietberatung dient Mietenden, Vermietenden und Behörden. Kundinnen und Kunden können sich über Rechtslage, Rechtsprechung sowie Erfolgsaussichten und mögliche Lösungswege bei Konflikten zwischen den Mietparteien informieren. Weiterhin erhalten Interessierte Auskünfte zur ortsüblichen Miete. Weitere Produktleistungen sind der Schutz vor Mietpreisüberhöhung sowie der Mietspiegel. Ferner ist dem Produkt die Geschäftsstellenführung für den Mieterbeirat zugeordnet.

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	Mietberatungen insgesamt (persönlich, telefonisch, schriftlich)	26.194	27.000	26.109	-3,3%	
Q	Wartezeit für persönlichen Vorsprachtermin maximal 3 Wochen	59%	70%	77%	10,0%	
W	Anzahl der Nachfragen nach dem qualifizierten Mietspiegel	216.715	250.000	266.484	7%	2017 wurde ein neuer Mietspiegel für München veröffentlicht. Dies führte zu einer höheren Nachfrage.
R	Erlöse	139 €	17 €	882 €	5088,2%	Erlöse aus dem Verkauf von Broschüren zum „Mietspiegel“ - nicht steuerbar
R	Kosten	2.151.469 €	1.728.773 €	2.026.203 €	17,2%	Die Ausgaben für den Mietspiegel sind zeitlich nicht exakt planbar
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-2.151.330 €	-1.728.756 €	-2.025.321 €	17,2%	

4.1.2

Produkt 4.1.2	Vermittlung in dauerhaftes Wohnen	Anstieg der gestellten Anträge auf Grund immer weiter steigender Mieten und dem allgemeinen Zuzug in München. Aktuelle Rückstände in der Antragsbearbeitung müssen durch weitere Sonderaktionen der Abteilung abgebaut werden.	
----------------------	--	--	---

Wohnungssuchende, die z.B. aufgrund ihrer Einkommenssituation Schwierigkeiten haben, sich auf dem freien Wohnungsmarkt mit adäquatem Wohnraum zu versorgen, können sich für geförderten Wohnraum registrieren lassen. Die Mieter werden durch Unterstützung befähigt, selbständig und auf Dauer in einem Mietverhältnis zu leben. Die Schaffung und der Erhalt sozialverträglicher Mieterstrukturen in Wohnanlagen ist dabei ein wichtiges Ziel. Die Berechnung und Auszahlung der einkommensorientierten Zusatzförderung für einkommensorientiert geförderte Wohnungen reduziert die Mietbelastung für die berechtigten Mieterinnen und Mieter. Die Überwachung geförderten Wohnraums trägt dazu bei, geförderten Wohnraum für die berechtigten Personengruppen zu erhalten und nicht bestimmungsgemäße Belegungen zu beenden.

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	Gestellte Anträge auf Registrierung	23.299	24.000	27.737	15,6%	unerwartet hoher Anstieg der Antragszahlen
L	Registrierungen gesamt	11.462	16.000	17.433	9,0%	Bearbeitungsrückstände wurden abgebaut
L	Wohnungsvergaben	2.866	3.000	3.829	27,6%	Fertigstellung von Wohnungen im Programm „Wohnen für Alle“, neuer Belegungsbindungsvertrag und Neubau.
Q	Anteil der Wohnungen, die an wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte HH vergeben werden	40%	35%	42%	20,0%	Insgesamt ist ein Anstieg von wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten HH zu verzeichnen, dies spiegelt sich in den Vergaben wieder
R	(PL 3) Auszahlung EOZF pro Wohnung und Monat	177 €	190 €	175 €	-7,9%	
R	(PL 3, 5) Finanzierungsanteil EOZF-Erstattungen (Kostensersatz Land)	100%	100%	100%	0,0%	
Z	von registrierten Haushalten sind in Rangstufe 1	72%	75%	78%	4,0%	
R	Erlöse	16.743.531 €	17.294.846 €	17.625.420 €	1,9%	Anstieg der Anzahl geförderter Wohnungen
R	Kosten	30.392.344 €	29.914.984 €	30.748.628 €	2,8%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-13.648.813 €	-12.620.138 €	-13.123.208 €	4,0%	

4.1.3

Produkt 4.1.3	Wohngeld	Produkt unter Plan; Das Wohngeldgesetz greift in München nicht, da die Miethöchstbeträge, die berücksichtigt werden dürfen, viel zu niedrig für den Münchner Mietmarkt sind.	
----------------------	-----------------	--	---

Wohngeld dient der wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens. Auf Antrag unter Berücksichtigung des Einkommens, der Haushaltsgröße und der Höhe der Miete/Belastung wird Wohngeld ausgezahlt. Wohngeld können Mieterinnen und Mieter sowie Eigentümerinnen und Eigentümer im selbst genutzten Wohneigentum erhalten.

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	Antragszugänge	11.521	10.500	10.284	-2,1%	
L	Bescheide	12.502	11.400	10.513	-7,8%	Durch die geringere Zahl von Anträgen auch weniger Bescheide.
L	Empfängerhaushalte	4.407	4.200	4.740	12,9%	Durch die Wohngeldovelle 2016 und den Antragsanstieg kam es zu leichten Rückständen in der Bearbeitung und durch die Verbescheidung im Jahr 2017 zu einem leichten Anstieg der Empfängerzahlen.
L	> davon unter 100 €/ Monat	1.287	1.100	1.557	41,5%	Das monatliche Wohngeld berechnet sich nach den Angaben der AntragstellerInnen und ist deshalb nicht steuerbar.
Q	Bearbeitungsdauer von max. 6 Wochen wird in x % der Anträge erreicht	45%	45%	45%	0,0%	
W	Ausgezahltes Wohngeld (nachrichtlich - nicht städtische Haushalt)	7.331.269 €	7.000.000 €	8.175.981 €	16,8%	Aufarbeitung der Bearbeitungsrückstände von 2016 und daher Nachzahlungen
R	Kosten	6.173.695 €	6.382.462 €	5.918.375 €	-7,3%	Das vorhandene Personal hat sich durch Fluktuation reduziert.
R	Verwaltungskosten pro Bescheid	494 €	544 €	563 €	3,5%	
R	Verwaltungskosten pro ausgezahltem Euro Wohngeld	0,84 €	0,89 €	0,72 €	-19,1%	Höhere Wohngeldzahlungen und geringere Kosten, deshalb ist der Verwaltungskostenanteil gesunken. Die Verwaltungskosten pro ausgezahltem Euro Wohngeld enthalten die Kosten des gesamten Bereichs, werden aber in der Darstellung nur auf die positiven Bescheide bezogen.
	Erlöse	912 €	932 €	966 €	3,6%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-6.172.783 €	-6.381.530 €	-5.917.409 €	-7,3%	

4.1.4

Produkt 4.1.4	Vorübergehende Unterbringung und ambulante Hilfen für akut Wohnungslose	weiterer Anstieg der Wohnungslosenzahlen	
----------------------	--	--	---

Akut wohnungslose Haushalte werden mit Bettplätzen bzw. abgeschlossenen Wohneinheiten zur vorübergehenden Unterbringung sowie personenbezogenem Clearing in Clearinghäusern (CLH), in Beherbergungsbetrieben, städtischen Notquartieren (NQ), in Einrichtungen freier Träger sowie mit ambulanten Beratungs- und Betreuungsangeboten versorgt. Alle Maßnahmen dienen der möglichst schnellen Vermittlung in dauerhaftes oder adäquates anderweitiges Wohnen bzw., sofern notwendig, in ein längerfristiges Übergangswohnen (Produkt 4.1.5). Dort werden weitere Hilfen, die einen nachhaltigen Verbleib in einer dauerhaften Wohnform mit Mietvertrag ermöglichen, angeboten. Seit 2011 wird im Produkt auch das Münchner Kälteschutzprogramm für Menschen ohne Anspruch auf obdachlosenrechtliche Hilfen zur Verfügung gestellt.

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	Plätze im Sofortunterbringungssystem	5.224	5.863	5.707	-2,7%	Verzögerung bei der Fertigstellung von Objekten
L	Personen im Sofortunterbringungssystem	4.952	5.302	5.315	0,2%	
L	Plätze in Verbandshäusern (Akutversorgung)	293	293	293	0,0%	
L	Anzahl der Plätze im Kälteschutzsystem	970	970	970	0,0%	
W	Anzahl der untergebrachten Personen im Kälteschutz	3.236	3.042	3.965	30,3%	Anzahl der Personen, die das Kälteschutzangebot in Anspruch genommen haben, steigt.
L	Personen in Notquartieren	423	675	735	8,9%	Durch die Eröffnung zweier Notquartiere konnte eine zusätzliche Kapazität von 129 Bettplätzen geschaffen werden.
Q	Auslastung in Verbandshäusern	98%	95%	103%	8,4%	Eine erhöhte Anzahl an Kindern in Einrichtungen für Frauen führt dort zu Überbelegungen.
L	(PL 1) Durchschnittliche Auslastung städtisch geführter Clearinghäuser (WE)	73%	88%	81%	-8,0%	Die geplante Auslastung von Clearinghäusern zu 88% ist nicht realisierbar.
Q	Auslastung verbandlich geführter Clearinghäuser	84%	85%	85%	0,0%	
L	Auslastung Sofortunterbringungssysteme gesamt	95%	90%	93%	3,3%	
Q	durch die ZEW im Berichtsjahr Erarbeitete Wohnperspektiven	393	400	412	3,0%	
W	in Wohnen/Anschlussmaßnahmen vermittelte Haushalte aus gesamtem Hilfesystem	613	800	1.355	69,4%	Erhöhte Vermittlungszahlen aufgrund der Einführung von SOWON, sowie der Eröffnung von Objekten in den Programmen KomproB & Wohnen für Alle.
W	Anteil der Migranten im Sofortunterbringungssystem	73%	75%	74%	-1,3%	
Z	Anzahl der unter 18-Jährigen im Sofortunterbringungssystem	1.586	1.700	1.662	-2,2%	

4.1.4

Produkt 4.1.4 - Vorübergehende Unterbringung und ambulante Hilfen für akut Wohnungslose						
Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
R	Erlöse	22.259.168 €	31.402.333 €	25.594.479 €	-18,5%	2017 wurden die Flüchtlingsunterkünfte dem Produkt 6.1.1 zugeordnet
	davon Transfererlöse	20.608.807 €	29.601.287 €	23.217.637 €	-21,6%	
R	Kosten	65.836.394 €	78.215.834 €	70.033.266 €	-10,5%	Verzögerung bei der Fertigstellung von Objekten
	davon Transferkosten	26.925.696 €	36.322.110 €	28.830.919 €	-20,6%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-43.577.226 €	-46.813.500 €	-44.438.788 €	-5,1%	

4.1.5

Produkt 4.1.5	Übergangs- und langfristig betreute Wohnformen	Produkt im Plan	
----------------------	---	-----------------	---

Ziel der Hilfe in den Übergangs- und langfristig betreuten Wohnformen ist die Befähigung zum dauerhaften Wohnen. Wohnungslosen Menschen, die zum nachhaltigen Verbleib in einer dauerhaften Wohnform mit Mietvertrag Unterstützung benötigen, soll diese in Form von ambulanten Wohn- und Betreuungsangeboten geleistet werden.

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	Plätze in mittel- und langfristigen Wohnformen (freie Träger)	509	500	517	3,4%	
L	Bestand angemieteter Wohnungen	29	29	17	-41,4%	Rückgabeprogramm bei auslaufenden Mietverträgen bzw. alle frei werdenden Wohnungen mit weiter laufenden Mietverträgen werden vom Flüchtlingsbereich belegt.
Q	Auslastung der Plätze in mittel- und langfristigen Wohnformen der freien Träger	98%	98%	98%	-0,5%	
W	Anteil der intensiv betreuten Personen, die in dauerhaften Wohnraum oder weiterführende Maßnahmen vermittelt werden	23%	23%	23%	0,0%	
R	Erlöse	544.040 €	1.033.340 €	373.870 €	-63,8%	Gesunkene Mieteinnahmen im Rahmen der Übergangs- und langfristig betreuten Wohnformen durch Mfm.
R	Kosten	10.753.655 €	12.378.761 €	10.922.996 €	-11,8%	
R	Finanzierungsanteil Gebühren/Mieten	452.410 €	838.657 €	248.852 €	-70,3%	
R	Ergebnis (Kosten minus Erlöse)	-10.209.615 €	-11.345.421 €	-10.549.126 €	-7,0%	Reduzierte Ausgaben insbesondere im Zuschussbereich und geringere Umlagen z.B. Probewohnen, Unterkünfte/Technik sowie abgegebene Wohnungen.

4.1.6


Produkt 4.1.6	Maßnahmen zum Erhalt des Mietverhältnisses	Produkt unter Plan	
----------------------	---	--------------------	---

Um Wohnungslosigkeit zu vermeiden, sichert das Produkt bestehende Mietverhältnisse langfristig unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Gesichtspunkte und der persönlichen Verhältnisse der Haushalte.

Mieterinnen und Mieter mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten und/oder Verhaltensauffälligkeiten, die sich in persönlichen Krisensituationen befinden, erhalten Beratung und Unterstützung. Dies geschieht durch Beratung, die Übernahme von Mietschulden, Hilfen zur Grundreinigung von verwahrlosten Wohnungen sowie durch präventive und nachsorgende Hilfen durch sozialpädagogische Fachkräfte der Sozialbürgerhäuser und freier Träger. Kann der bestehende Wohnraum nicht erhalten werden, wird der Haushalt in für ihn geeigneten anderweitigen Wohnraum vermittelt.

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 30.06.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	aufsuchende Sozialarbeit bei drohendem Wohnungsverlust (HH)	2.171	2.500	2.017	-19,3%	nicht steuerbar
L	Geldleistung für Haushalte (HH) mit Mietschulden – Anzahl de HH	882	900	795	-11,7%	
L	Grundreinigung bei verwahrlosten Wohnungen	290	200	n.v.	n.v.	Derzeit keine Daten aus SOJA verfügbar
L	Sozialpädagogische Nachsorge (HH)	206	300	206	-31,3%	Die mit Einführung des Gesamtkonzeptes festgelegte Zielzahl ist überschätzt. Das Angebot wird nicht in erwarteter Weise angenommen. Das Konzept der Maßnahme wird überarbeitet.
L	Unterstütztes Wohnen (Plätze)	196	200	211	5,5%	bedarfsgerechte Platzausweitung
W	von der aufsuchenden Sozialarbeit gemeldete Fälle werden erreicht	77%	80%	80%	0,0%	
L	Anzahl der bekannt gewordenen HH mit drohendem Wohnungsverlust	4.952	5.500	4.868	-11,5%	Das Fallaufkommen ist nicht planbar.
W	Von den bekannt gewordenen HH konnte Wohnungsverlust vermieden werden	45%	50%	51%	2,0%	
R	Erlöse	44.998 €	83.659 €	79.929 €	-4,5%	
R	Kosten	15.473.117 €	16.779.019 €	16.547.004 €	-1,4%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-15.428.118 €	-16.695.360 €	-16.467.075 €	-1,4%	

4.1.7

Produkt 4.1.7	Quartierbezogene Bewohner(innen)arbeit	Produkt im Plan	
----------------------	---	-----------------	---

Die Quartierbezogene Bewohnerarbeit ist unterstützende und vermittelnde Arbeit mit Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Aktivierung zur Selbsthilfe und Selbstorganisation in zusammenhängenden, kleinräumigen Wohngebieten (= Quartiere). Schwerpunkte sind dabei Sozialwohnungs-, Belegrechts- oder Unterkunftsgebiete in Neubausiedlungen und Bestandsgebieten. Durch das Produkt werden Nachbarschaftstreffs (PL 1) sowie sozio-kulturelle Einrichtungen (PL 2) gesteuert.

Ein Nachbarschaftstreff wird von einer hauptamtlichen Fachkraft begleitet. Bewohnerinnen und Bewohner eines Quartiers werden bei der Umsetzung ihrer Interessen, dem Aufbau von Gruppenangeboten, dem Aufgreifen von quartierspezifischen Themen und gemeinschaftsbildenden Maßnahmen unterstützt. Dadurch sollen tragfähige Nachbarschaften, ein attraktives Wohnumfeld und sozial ausgewogene Wohnquartiere geschaffen, erhalten bzw. wiederhergestellt werden. Die Nachbarschaftstreffs werden von den Bewohnerinnen und Bewohnern selbst organisiert und gestaltet, für die Büroorganisation und die Raumverwaltung gibt es Honorarmittel. Dabei werden sie durch die Fachkraft unterstützt, die bei Problemen beratend und für alle Fragen der Verwaltung des Nachbarschaftstreffs zur Verfügung steht.

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/Ist	Erläuterungen
L	Nachbarschaftstreffs (NBT) in Planung	24	24	24	0,0%	
L	Nachbarschaftlich organisierte Projekte	37	37	37	0,0%	
L	davon betroffene Bewohner/innen des Umfeldes	110.000	110.000	110.000	0,0%	
R	Kosten pro Nachbarschaftstreff (mit hauptamtlicher Leitung)	90.000 €	90.000 €	90.000 €	0,0%	
R	Erlöse	11.335 €	3.265 €	9.616 €	194,5%	Einnahmen aus Kostenerstattung nicht steuerbar
R	Kosten	3.145.382 €	4.441.885 €	4.153.670 €	-6,5%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-3.134.047 €	-4.438.620 €	-4.144.054 €	-6,6%	Auslastung etwas geringer als geplant

4.1.8

Produkt 4.1.8	Schaffung preiswerten Wohnraums	Produkt unter Plan, sehr schwierige Situation auf dem Immobilienmarkt 
----------------------	--	---

Im Rahmen des kommunalen Wohnungsbauprogramms (neu: „Münchener Wohnungsbau“ - WIM VI) haben ausreichender Wohnungsbau, insbesondere geförderter Wohnungsbau für bedürftige Zielgruppen, höchste Priorität. Ziel ist die Integration von Menschen aus Sofortunterbringungseinrichtungen der akuten Wohnungslosigkeit. Das Produkt beinhaltet die Sicherung und Bewirtschaftung unterschiedlicher zielgruppenspezifischer Wohnformen (z. B. Sozial Betreute Wohnhäuser, Clearinghäuser, Wohnheime, etc.) im Neubau und im Bestand für am Wohnungsmarkt benachteiligte Personen. Ziel ist die Schaffung von 200 WE jährlich. Aufgrund begrenzter Flächenressourcen kann nicht ausreichend neuer Wohnraum geschaffen werden, um den hohen Bedarf an günstigen Wohnungen zu decken. Im Münchener Wohnungsbau werden deshalb auch Belegungsrechte an Bestandswohnungen erworben. Im Münchener Wohnungsbau fördert die Landeshauptstadt kleinere Wohnprojekte für am Wohnungsmarkt benachteiligte Bürgerinnen und Bürger. Vor allem Menschen aus Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe oder aus städtischen Notquartieren sollen hier die Möglichkeit haben, wieder dauerhaft und selbstbestimmt zu wohnen. Unterstützt werden sie dabei von der sozial und ökologisch orientierten Hausverwaltung, die Starthilfe bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben leistet.

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	Anzahl neu erworbener Belegrechte (WE)	0	0	0	0,0%	Neuaufgabe des Programms mit Wohnen in München VI; Beschlussfassung zu Programmkonditionen steht noch aus
L	(PL2) Insgesamt erworbene Belegrechte	114	114	114	0,0%	
L	Bewilligte Wohneinheiten nach Teilprogramm C	25	0	0	n.v.	Derzeit keine Neuschaffung von Clearinghäusern, da aktuell kein Bedarf
Q	(PL 1) (Q) Insgesamt fertiggestellte Wohneinheiten nach Teilprogramm B und SBW	1088	1.288	1.200	-6,8%	
Q	Im laufenden Jahr fertiggestellte Wohneinheiten nach KomPro/B	186	112	112	0,0%	
Q	Insgesamt fertiggestellte Wohneinheiten nach Teilprogramm C	173	173	173	0,0%	
R	(PL 1) Zuschuss Bürgerschaftliches Engagement (BE)	1.750 €	2.168 €	1.150 €	-47,0%	Aufgrund der Tatsache, dass mehr Wohnungen durch WAL geschaffen worden sind, musste der Zuschuss in Bürgerschaftliches Engagement proportional angepasst werden.
R	Erlöse	2.138.352 €	1.679.767 €	2.261.421 €	34,6%	Mehr Mieterlöse durch Neubauten
R	Kosten	22.778.408 €	22.728.197 €	23.363.314 €	2,8%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-20.640.056 €	-21.048.431 €	-21.101.893 €	0,3%	

Produkt 4.1.9	Hilfe für Frauen und deren Kinder in Frauenhäuser	Produkt unter Plan 
----------------------	--	--

Von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder erhalten in Frauenhäusern Hilfen zum Schutz vor weiterer Gewalt. Neben der Bereitstellung eines sicheren Wohnraumes erhalten die Betroffenen Beratungs- und Betreuungshilfen bei der Überwindung und Bewältigung der von Männergewalt geprägten Situation. Damit soll ein selbständiges und gewaltfreies Leben für Frauen und ihre Kinder ermöglicht werden.


Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/Ist	Erläuterungen
L	Platzangebot (für Haushalte)	78	78	78	0,0%	
L	Auslastung	93%	95%	94%	-1,1%	
L	Qualifizierte Weiterverweisungen an andere Einrichtungen wegen ausgelasteter Plätze	103	140	40	-71,4%	Wegen höherer Fluktuation mehr Aufnahmen möglich, deshalb weniger Weiterverweisungen
L	Betreute Frauen	240	240	264	10,0%	Wegen höherer Fluktuation mehr Aufnahmen möglich
L	Betreute Kinder	263	270	297	10,0%	Wegen höherer Fluktuation mehr Aufnahmen möglich
Q	Anteil der Kundinnen mit Kindern an allen Kundinnen	68,00%	66,00%	66,00%	0,0%	
Q	Anteil der Ausländerinnen an allen Kundinnen	78,00%	78,00%	67,00%	-14,1%	nicht steuerbar
Q	Anteil der von außerhalb Münchens zugezogenen Kundinnen	25,00%	25,00%	33,00%	32,0%	Höhere Fluktuation, daher auch mehr Aufnahmen von außerhalb zuziehender Frauen möglich
Q	Anteil der Kundinnen, die ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln bestreiten	29,00%	29,00%	22,00%	-24,1%	nicht steuerbar
R	Kosten pro vorgehaltenem Platz (= Haushalt)	40.054 €	45.492 €	42.195 €	-7,2%	Auslastung etwas geringer als im Plan; Umlagen nicht steuerbar
R	Erlöse	58.232 €	255.206 €	29.454 €	-88,5%	Da die Auslastung der Frauenhäuser geringer als geplant war, gab es entsprechend weniger Kostenerstattungen durch auswärtige Sozialhilfeträger.
R	Kosten	3.124.177 €	3.548.394 €	3.291.180 €	-7,2%	Auslastung etwas geringer als im Plan; Umlagen nicht steuerbar
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-3.065.945 €	-3.293.189 €	-3.261.725 €	-1,0%	

4.2.2

Produkt 4.2.2	Wohnungsbestandssicherung	Produkt über Plan	
----------------------	----------------------------------	-------------------	---

Der Wohnraumbestand im gesamten Stadtgebiet ist so weit als möglich zu erhalten.
 Die Zweckentfremdungssatzung verbietet berufliche/gewerbliche Nutzung von Wohnraum ebenso wie den Abbruch oder das Leerstehenlassen.
 Durch den Vollzug der Erhaltungssatzungen soll die Zusammensetzung der gebietsansässigen Wohnbevölkerung erhalten werden. Dies geschieht dadurch, dass alle baulichen Maßnahmen und Modernisierungen abgelehnt werden, die zu einem überdurchschnittlichen Ausstattungsstandard der Wohnungen führen würden.
 Im Rahmen der Vorkaufsrechtsverfahren werden städtebauliche Beurteilungen als Dienstleistung für das Kommunalreferat erstellt.
 Seit 01.03.2014 steht die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnraum in Erhaltungssatzungsgebieten unter Genehmigungsvorbehalt.

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	Anzahl überprüfter Wohneinheiten mit Verdacht auf Zweckentfremdung	23.000	22.000	21.203	-3,6%	
L	Anzahl der bearbeiteten Wohneinheiten in Erhaltungssatzungsgebieten	2.500	1.900	2.563	34,9%	
Q	Auflagenkontrollen (Zweckentfremdung)	1.100	1.200	4.217	251,4%	
Q	Genehmigungen (betr. 136.000 WE in 20 Erhaltungssatzungsgebieten)	1.500	1.500	2.098	39,9%	
W	Illegal zweckentfremdet genutzte und zurückgeführte Wohnungen	230	240	298	24,2%	
R	Summe Erlöse	673.041 €	193.132 €	2.188.206 €	1033,0%	Auflösung von Rückstellung für Prozesskosten aus 2016
R	Summe Kosten	6.287.942 €	4.245.997 €	6.216.770 €	46,4%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-5.614.901 €	-4.052.865 €	-4.028.564 €	-0,6%	

Produkt 5.5.1	Individuelle Hilfe bei Pflegebedürftigkeit und Behinderung	Produkt unter Plan; Anzahl der Leistungsbeziehenden und Kosten unter Plan 
----------------------	---	---

Um ein selbstbestimmtes Leben außerhalb von vollstationären Pflegeeinrichtungen zu ermöglichen, umfasst das Produkt Hilfen bei der Haushaltsführung, Unterstützung bei der Sicherstellung der pflegerischen Versorgung und bei Hilflosigkeit sowie fehlender Alltagskompetenz. Dies erfolgt über erforderliche wirtschaftliche Hilfe für Haushaltshilfen, zur Pflege und für Altenhilfe im Einzelfall sowie über vom zuständigen überörtlichen Träger refinanzierte Leistungen der Eingliederungshilfe. Außerdem erfolgte im Jahr 2014 im Produkt die fachliche Steuerung der Bezirkssozialarbeit (BSA), sofern sie in den o.g. Bereichen tätig ist sowie die der in den Sozialbürgerhäusern vertretenen Fachstellen häusliche Versorgung (FhV).

Ziel-feld	Indikator	Ist 2016	Plan 2017 (Schlab+NT)	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	Leistungsbezieher/innen Hilfe zur Pflege	2.371	2.650	2.067	-22%	Rückgang aufgrund PSG III, Übergang vieler Pflegestufe 0-Fälle in Hilfen nach §§ 70,71 SGB XII
L	> davon 65 J. und älter	70,4%	67,0%	70,9%	6%	
L	> Frauenanteil	60,0%	59,9%	59,0%	-2%	
L	Leistungsbezieher/innen Eingliederungshilfe	103	103	96	-7%	
R	Erlöse	6.336.000 €	3.706.535 €	3.821.844 €	3%	Zusätzliche Erlöse in 2016 durch Nachholung ausstehender Abrechnungen mit dem Bezirk.
R	Kosten	91.798.598 €	96.274.865 €	92.662.851 €	-4%	
R	> davon Transferleistungen	76.582.106 €	80.686.473 €	77.357.882 €	-4%	
	>> davon Hilfe zur Pflege	73.670.813 €	77.070.813 €	75.382.795 €	-2%	
	>> davon Eingliederungshilfe	2.911.293 €	3.615.660 €	1.975.087 €	-45%	Plananpassung im Nachtrag übersehen
R	Durchschnittliche Transferleistungen je Leistungsbezieher/in und Jahr	31.072 €	29.083 €	n.v.		valide Kostenberechnung aufgrund Änderung PSG III (s.o.) nicht möglich, keine Vergleichbarkeit der Kosten je Leistungsbezieher/in, da im Jahr 2017 Kosten nach alter und neuer Systematik enthalten sind
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-85.462.598 €	-92.568.330 €	-88.841.007 €	-4%	

Produkt 6.1.1	Wirtschaftliche Hilfen für Flüchtlinge	starker Rückgang der Fallzahlen	
----------------------	---	---------------------------------	---

Flüchtlinge erhalten Geld- und Sachleistungen zur Sicherung des laufenden Lebensunterhalts. Weiterhin wird die Sicherung der Gesundheitsfürsorge durch Hilfen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt gewährleistet. Flüchtlinge erhalten Unterstützung beim Zugang zum Arbeitsmarkt und werden mit sonstigen Leistungen in besonderen Einzel- und Härtefällen versorgt. Die Transferleistungen des gesamten Produktes werden vollständig vom Freistaat Bayern finanziert (d.h. ohne Personalkosten und personalbezogene Sachkosten).

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	Leistungsbezieher_innen (Personen)	9.007	8.000	5.312	-33,6%	Rückgang der Flüchtlingszahlen höher als erwartet
L	Davon Hilfen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt	8.100	7.200	4.833	-32,9%	
R	Erlöse	231.455.233 €	152.067.999 €	79.357.259 €	-47,8%	
R	Kosten	195.327.017 €	147.102.173 €	115.216.451 €	-21,7%	
R	>> davon wirtschaftliche Hilfen zu Lebensunterhalt nach AsylbLG	103.304.502 €	71.232.901 €	59.139.059 €	-17,0%	
R	>> davon kommunale Unterbringung nach AufnG	92.022.516 €	75.869.272 €	56.077.392 €	-26,1%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	36.128.216 €	4.965.826 €	-35.859.192 €	-822,1%	

Produkt 6.2.1	Beratung, Bildung und Qualifizierung nach Migration und Flucht	Produkt über Plan 
----------------------	---	---


Mit den Projekten im Produkt wird schwerpunktmäßig die sprachliche und berufliche Integration von Migrant_innen und Flüchtlingen gefördert, um ihnen gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Außerdem werden Flüchtlinge bei der Bewältigung der Fluchtfolgen unterstützt. Die Integrationsförderung basiert auf den Grundlagen des Integrationskonzeptes und der Perspektive München.

Zu den Leistungen zählen Clearing, Vermittlung von Hilfen und Casemanagement, Beratung und Unterstützung zur Verbesserung der Deutschkenntnisse und beim Zugang zu Bildung und Ausbildung sowie zur Erweiterung der beruflichen Perspektiven.

Seit April 2007 existiert das Integrations- und Beratungszentrum, IBZ – Sprache und Beruf, im Amt für Wohnen und Migration. Durch Clearing und Feststellung des Sprachstandes wird passgenau in geeignete Deutschkurse vermittelt. Dadurch erhöhen sich die Chancen für einen erfolgreichen Abschluss und die Kursabbrüche verringern sich.


Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	Beratungen oder Erstclearings im Integrationsberatungszentrum (IBZ) Sprache & Beruf	6.222	6.500	7.200	10,8%	Besetzung von offenen Stellen
L	Anzahl der geförderten Projekte zur Integration gesamt	73	78	80	2,6%	
L	Beratungen in der Servicestelle zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen	4.296	4.000	4.736	18,4%	Aufgrund der enorm hohen Nachfrage wurden zeitlich befristet Maßnahmen ergriffen, wie z.B. andere Aufgaben verschoben, Gruppenformate für bestimmte Berufsgruppen durchgeführt.
L	Auslastung der Sprachkursangebote	100%	100%	100%	0,0%	
Q	Erfolgreiche Beendigung städtisch finanzierter Deutschkurse und Qualifizierungsmaßnahmen	84%	85%	85%	0,0%	
R	Summe Erlöse	372.187 €	383.217 €	317.496 €	-17,1%	Weniger Kostenerstattung durch EU-Mittel wegen nicht rechtzeitig besetzter Stellen.
R	Summe Kosten	15.553.216 €	16.775.599 €	16.392.563 €	-2,3%	
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-15.181.029 €	-16.392.382 €	-16.075.067 €	-1,9%	

6.2.2

Produkt 6.2.2	Rückkehr und Reintegrationshilfen für Flüchtlinge und Migrant/innen	Produkt unter Plan 
----------------------	--	--

Ziel ist die human gestaltete Rückkehr und dauerhafte Reintegration von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten in ihre Heimat. Zudem werden Hilfsprojekte in den Herkunftsländern gefördert, möglichst unter Beteiligung von Rückkehrenden. Die Angebote umfassen individuelle Beratung, Unterstützung bei der beruflichen Qualifizierung, finanzielle Hilfen sowie die Vermittlung an Beratungsstellen im Heimatland. Das Büro für Rückkehrhilfen kooperiert mit Behörden und Organisationen auf nationaler und internationaler Ebene. Im Rahmen des EU-Projektes Coming Home wird an der bundesweiten Verbesserung der Rückkehrberatungsstrukturen und an der Etablierung eines „Integrierten Rückkehrmanagements“ durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mitgewirkt. Es werden Qualitätsstandards für die Beratungsarbeit entwickelt, Fortbildungen für Beraterinnen und Berater durchgeführt sowie Fachtagungen organisiert.

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	Persönliche Beratungsgespräche	1.572	1.500	1.110	-26,0%	
L	Fördersumme Hilfsprojekte	16.640	17.000	10.904	-35,9%	Aufgrund Personalengpass geringere Aktivität
W	Ausreisen; bei der Rückkehr geförderte Personen	639	700	320	-54,3%	nicht steuerbar
	> davon Personen mit besonderen Problemlagen	22	20	32	60,0%	
W	Ausreiseschein (ausreisepflichtig)	80	80	80	0,0%	
R	Finanzzuschuss (EU und StMAS)	470.00	500.000	400.000	-20,0%	Wegen Verzögerung bei Personaleinstellung konnten nicht alle zugesagten Fördergelder abgerufen werden.
R	Einsparung von Sozialleistungen pro Jahr	3.976.200	3.000.000	1.626.300	-45,8%	geringere Anzahl an Rückkehrern
R	Summe Erlöse	287.299 €	195.298 €	198.401 €	1,6%	
R	Summe Kosten	1.217.232 €	1.940.206 €	2.066.239 €	6,5%	Kostensteigerung durch Erhöhung der bezuschussten Rückkehrprojekte.
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-929.933 €	-1.744.908 €	-1.867.838 €	7,0%	

Produkt 6.2.3	Betreuung von jungen und unbegleiteten heranwachsenden Flüchtlingen	Produkt leicht unter Plan	
----------------------	--	----------------------------------	---


Zusätzlich zu den Betreuungsangeboten für alle Flüchtlinge und Migrantinnen/Migranten (siehe Produkte 60 6.2.1 und 60 6.2.2) werden Kindern, Jugendlichen und unbegleiteten jungen Erwachsenen in Wohnprojekten und in für das Amt für Wohnen und Migration angemieteten Wohnungen und umgewandelten Unterkunftsanlagen in Einzel- und Gruppenarbeit Betreuungsleistungen – insbesondere zur Förderung des Sozialisations- und Integrationsprozesses und zur Verselbständigung – angeboten. Weitere Zielgruppe sind Flüchtlinge, die von der Landeshauptstadt München aufgrund entsprechender Zuweisungen durch die Regierung von Oberbayern unterzubringen sind, der Betrieb dieser Unterkünfte und die Betreuung aller Flüchtlingsunterkünfte im Stadtgebiet. Die Betreuung in Wohnen für alle ist ebenfalls im Produkt 6.2.3 verortet.

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	Plätze in der Kommunalen Flüchtlingsunterbringung	6.037	5.600	5.529	-1,3%	
L	Asylsozialbetreuung (Zuschuss) VZÄ	22	243	241	-0,8%	
L	Belegungsauslastung in stadteigenen Wohnprojekten, angemieteten Wohnungen, Mischobjekten und Sonderwohnformen	90%	90%	88%	-2,2%	
Q	Anzahl der separaten Unterkunftsplätze für Frauen in städtischen Flüchtlingseinrichtungen	175	175	245	40,0%	Die Unterkunft Nailastr. 10 ist mit einer hohen Platzzahl hinzugekommen, im Gegenzug wurde die Unterkunft Rosenheimer Str. 192 geschlossen. Die Belegung mit Frauen zeichnete sich erst im letzten Quartal 2017 ab.
Q	Gesamtzahl Betreute in Unterkünften	8.470	9.000	9.402	4,5%	
Q	Gesamtzahl Betreute in Wohnprojekten, Wohnungen, Mischobjekten und Sonderwohnformen (städt. Zuständigkeit)	492	980	867	-11,5%	verzögerter Maßnahmebeginn im großen Mischobjekt, das mehr als 30 % der Plätze beinhaltet.
Q	Anteil der Betreuten in städtischer Zuständigkeit, die bei Beendigung der Betreuung in dauerhaften Wohnraum vermittelt sind (%)	85%	65%	63%	-3,1%	
R	Erstattung Wohnprojekte bzw. angemietete Wohnungen	441.746	1.610.882	1.235.008	-23,3%	verzögerter Maßnahmebeginn im großen Mischobjekt, das mehr als 30 % der Plätze beinhaltet.
R	Erlöse	3.648.065 €	2.037.652 €	3.840.218 €	88,5%	
R	Kosten	21.777.271 €	29.396.918 €	27.982.469 €	-4,8%	Erstattung wegen Asylsozialbetreuung und bessere Belegung der Wohnprojekte
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-18.129.206 €	-27.359.266 €	-24.142.251 €	-11,8%	

Produkt 6.3.1	Interkulturelle Orientierung und Öffnung	Personalengpässe führen zu Reduzierung der Angebote	
----------------------	---	---	---

Im partnerschaftlichen Dialog erbringt die Stelle für Interkulturelle Arbeit Dienstleistungen für die Fachreferate. Sie entwickelt Konzepte und setzt fachliche Impulse zur Unterstützung der interkulturellen Orientierung und Öffnung der Verwaltung, der Verbände sowie der Einrichtungen in den Sozialräumen. Sie bietet ein Forum für den sozialpolitischen Diskurs.

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Erläuterungen
L	Zuschussprojekte zur Förderung von Interkultureller Öffnung und Integration	4.471	5.271	5.505	4,4%	
L	Konzeption und Organisation von Fortbildungen	573	598	418	-30,1%	Auf Grund von Personalengpässen konnten nicht alle geplanten Fortbildungen durchgeführt werden. Bei den Fortbildungen für die Sozialbürgerhäuser und die Zentrale Wohnungslosenhilfe nahmen insgesamt weniger Mitarbeiter_innen teil als geplant. Eine Fortbildung für den Bereich Unterkünfte bei S-III musste komplett abgesagt werden.
W	Erreichte Teilnehmer/innen der Fortbildung zur interkulturellen Verständigung und Öffnung	719	1.010	738	-26,9%	
W	Anteil der geschulten Mitarbeiter/-innen im Sozialreferat an allen Mitarbeiter/innen im Sozialreferat	5,00%	7,00%	5,54%	-20,9%	s.o.
L	Vermittelte Dolmetscherstunden	30.626	46.300	45.234	-2,3%	
R	Kosten für Dolmetscherleistungen	794.258	757.367	1.266.608	67,2%	In den vorhergehenden Abfragen wurde die bereinigten Kosten für Dolmetscherleistungen (abzüglich der Refinanzierungen) erfasst. Um eine Vergleichbarkeit der Vermittlungsleistung und der Dolmetscherkosten herzustellen, werden künftig die Gesamtkosten inklusive Refinanzierungen erfasst.
R	Erlöse	305.167 €	106.192 €	326.376 €	207,3%	
R	Kosten	1.727.827 €	3.881.769 €	3.479.227 €	-10,4%	Die Koordinationsstelle für Dolmetschertätigkeiten kam 2017 zu 6.3.1 Senkung der Kosten wegen unbesetzten Stellen
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-1.422.660 €	-3.775.577 €	-3.152.851 €	-16,5%	

Produkt 7.2.1	Hilfen in Ergänzung zu gesetzlichen Leistungen und Stiftungsmanagement	Produkt über Plan	
----------------------	---	-------------------	---

Mit Hilfe von Stiftungsmitteln können einmalige wirtschaftliche Hilfen für einkommensschwache oder sonst sozial benachteiligte Menschen in Not (durch Einzelfallbeihilfen) bzw. für gemeinnützige Einrichtungen (durch Zuschüsse) als Ergänzung zu Leistungen aus anderen Produkten geleistet werden. 177 Stiftungen mit sozialer Zweckbindung zeugen von einem hohen sozialen Engagement der Münchnerinnen und Münchner. Darüber hinaus werden zwei Stiftungen aus dem Bereich Gesundheit und medizinische Forschung verwaltet. Das Stiftungsmanagement umfasst neben der Akquisition und Beratung potentieller Stifterinnen und Stifter die satzungsgemäße und wirtschaftliche Verwaltung von Vermögenswerten privater Dritter (insbesondere Immobilien und Kapitalvermögen) und den zweckgemäßen Einsatz der Stiftungserträge. Zusätzlich werden als Serviceleistung für andere städtische Referate in deren Auftrag auch potentielle Stifterinnen und Stifter beraten, Nachlässe abgewickelt und Stiftungen errichtet.

Ziel-feld	Indikator	Ist zum 31.12.2016	Plan 2017	Ist zum 31.12.2017	Abweichung Plan/ Ist	Plan 2018	Erläuterungen
W	ausgeschüttete Erträge (Erfüllung Stiftungszweck)	3.030.000 €	3.000.000 €	3.913.940 €	30,5%		
Z	Anzahl der Personen, die Stiftungsmittel erhalten haben	6.820	7.000	7.631	9,0%		
Z	> darunter Anteil Familien mit Kindern	46,4%	45,0%	46,8%	4,0%		
Z	> darunter Anteil Seniorinnen und Senioren	26,7%	30,0%	27,5%	-8,3%		
L	Anzahl beratener potentieller Stifterinnen und Stifter	80	85	90	5,9%		
Q	Wartezeit ≤ 2 Wochen von 1. Anfrage bis 1. qualifizierten Beratung der Stifterinnen und Stifter	70,0%	70,0%	75,0%	7,1%		
Q	Bearbeitungszeit ≤ 3 Wochen (Antrag bis Leistungserhalt) für Einzelfallhilfen	10,0%	10,0%	10,0%	0,0%		
R	Erlöse	1.069.409 €	340.980 €	668.413 €	96,0%		Schenkungsmitel nicht planbar/ steuerbar; im Ist 2017 288.708 € zweckgebundene Schenkungsmitel enthalten. Die Verwaltungskosten der Stiftungen sind anhängig von Einnahmen der Vermögensverwaltung.
R	Kosten	5.219.462 €	3.998.609 €	4.982.742 €	24,6%		Schenkungsmitel nicht planbar; im Ist 2017 sind 603.334 € Verwendung zweckgebundener Schenkungsmitel enthalten.
R	Ergebnis (Erlöse minus Kosten)	-4.150.053 €	-3.657.629 €	-4.314.329 €	18,0%		



Glossar / Legende

Altenquotient	Das Verhältnis der Anzahl älterer Menschen in einem Alter, in dem man im Allgemeinen wirtschaftlich inaktiv ist (ab 65 Jahren) zur Anzahl der Personen im erwerbsfähigem Alter (15 bis unter 65 Jahre)
Arbeitslosenquote (ALQ)	Die Arbeitslosenquote berechnet sich auf Basis aller zivilen Erwerbstätigen (= sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Selbständige und mithelfende Familienangehörige)
	$ALQ = \frac{\text{Arbeitslose}}{\text{alle zivilen Erwerbstätigen} + \text{Arbeitslose}} \times 100$
Grundsicherung (Grusi)	Grundsicherung erhalten Personen ab 65 Jahren (Grundsicherung im Alter) oder dauerhaft voll Erwerbsgeminderten (Grundsicherung bei Erwerbsminderung) mit zu geringem Einkommen
HZL	Hilfe zum Lebensunterhalt (HzL) steht denjenigen Menschen im erwerbsfähigen Alter zu, die z.B. wegen Erwerbsminderung, längerfristiger Krankheit oder weil sie in einer Einrichtung leben und betreut werden oder weil sie vorübergehend weniger als 3 Stunden täglich arbeiten können, aber nicht auf Dauer voll erwerbsgemindert sind.
Jugendquotient	Das Verhältnis der Anzahl jüngerer Menschen in einem Alter, in dem man im Allgemeinen noch nicht wirtschaftlich aktiv ist (bis unter 15 Jahren) zur Anzahl der Personen im erwerbsfähigem Alter (15 bis unter 65 Jahre)
L	Leistungsmenge
Q	Qualität
R	Ressourcen bzw. Finanzen
Transferkosten	Transferkosten beinhalten keine Zuschüsse
V-Ist	Voraussichtliches Ist (= lineare Hochrechnung oder Prognose)
VZÄ	Vollzeitäquivalent: fiktive Anzahl von Vollzeitbeschäftigten bei Umrechnung aller Teilzeitarbeitsverhältnisse in Vollzeitarbeitsverhältnisse
W	Wirkung / Ergebnis
Z	Zielgruppen oder Kund(inn)en



Achtung! Erhebliche Planabweichungen vorhanden; konkrete Maßnahmen sind notwendig



Vorsicht! Planabweichungen drohen oder sind in nicht unerheblichen Umfang bereits vorhanden; Produkt steht unter Beobachtung



Entwicklung entspricht dem Plan oder ist besser; keine Maßnahmen zu veranlassen